

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatl. Einzelne Nr. 30 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteile 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 6 M., unter Eingehalt 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landbestkurrentbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 268

Freitag, 18. November

1921

## Der amerikanische Geschäftsträger beim Deutschen Reiche.

Präsident Harding hat den Kommissar E. A. Tamm zum Geschäftsträger der Vereinigten Staaten von Amerika beim Deutschen Reiche ernannt.

## Die Beratungen des Reichskabinetts über das Reparationsproblem.

Das Reichskabinetts hat sich in seiner vorgesternigen Sitzung unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten mit dem ganzen Komplex des Reparationsproblems eingehend befaßt. Es muß dabei von der Voraussetzung ausgegangen werden, daß die Bedingungen, unter denen die Industrie die Verhandlungen über die Kreditation fortsetzen wollte, von der Regierung als nicht annehmbar angesehen werden, und daß es jetzt Sorge der Regierung ist, wie sie auf anderem — finanziell — Wege ihre Verbindlichkeiten beschaffen kann, deren sie für die nächsten Zahlungsstermine bedarf. Die Erörterung des Reparationsproblems ist aber nicht lediglich von diesem Gesichtspunkte aus erfolgt. Über die Beratungen des Kabinetts wird strengste Vertraulichkeit gewahrt. Die Regierung scheint vorläufig mit ihren Plänen noch nicht an die Öffentlichkeit treten zu wollen. Das ist begreiflich, solange die Beratungen und die Verhandlungen mit der Reparationskommission der Alliierten noch im Anfangsstadium sich befinden und jede vorzeitige Erörterung in der Öffentlichkeit dem Reichsinteresse nur abträglich sein kann.

## Zur Neubildung der preussischen Regierung.

Der preussische Zentrumsvizepräsident Hirth hat in einer Korrespondenzmeldung zufolge den Ruf als preussischer Wohlfahrtsminister angenommen.

## Die Teuerung.

Am vergangenen Dienstag fand beim Reichspräsidenten unter dessen Vorsitz in Anwesenheit des Reichsarbeitsministers und des Vertreters des Reichsfinanziers eine Besprechung mit den Vertretern der sieben Spitzenorganisationen der Kriegsgewerkschaften und Kriegshinterbliebenen statt, bei der die Vertreter der Organisationen die durch die Teuerung hervorgerufene wirtschaftliche Notlage der Kriegsgewerkschaften und Maßnahmen zu deren Abhilfe besprachen. Im Vordergrund der Verhandlungen standen die Gewährung einer Winterbeihilfe, die Erhöhung der Teuerungszulagen und die grundsätzliche Stellungnahme zur Forderung der Organisationen auf sofortige Wiedereinstellung des Reichsversorgungsgesetzes. Der Reichspräsident und der Reichsarbeitsminister sagten sofortige Beratung der notwendigen Maßnahmen zu. Bereits am 21. und 22. November sollen weitere Verhandlungen unter persönlicher Leitung des Reichsarbeitsministers mit den Spitzenorganisationen stattfinden.

Am 17. November. Am Dienstag waren die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften auf Einladung des Reichspräsidenten im Sozialministerium zu einer Aussprache über die zunehmende Teuerung auf allen Gebieten zusammengekommen. Graf Dethlefsen erklärte sich gegen die erteilten Tarifserhöhungen und lehnte die Umwandlung der Betriebsverwaltung in eine reine Privatgesellschaft ab. In der weiteren Aussprache forderten die Gewerkschaftsvertreter eine Novelle zum Betriebsstrategengesetz, welche die Ersetzung von übermäßigen Gewinnen ermöglichen soll. In seinem Schlusswort erklärte der Reichspräsident, im Ministerrat sei ein Entwurf durchgelesen worden, der Maßnahmen gegen die Schlemmerei vorsehe.

## Der Zentrumsparteitag.

Der nächste Zentrumsparteitag soll am 16. Januar in Berlin stattfinden.

## Der Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1921.

Dem Reichsrat ist nunmehr der Ende Oktober dieses Jahres aufgestellte Reichshaushaltplan einschließlich der Nachträge zugegangen. Danach sind die Reichsausgaben für 1921 ausschließlich der Bruttoausgaben der Betriebsverwaltungen, aber einschließlich ihrer Zehlbeträge, im außerordentlichen Haushalt mit 114 291 Mill. M., im ordentlichen Haushalt mit 67 472 Mill. M. veranschlagt worden, jedoch ist der Gesamtausgabenbedarf für 1921 auf 181 763 Mill. M. beläuft. Dem Rechen an Einnahmen gegenüber im ordentlichen Haushalt 61 228 Mill. M., im außerordentlichen Haushalt 10 500 Mill. M., insgesamt also 71 728 Mill. M. Es bleibt also die Summe von 110 035 Mill. M. ungedeckt und muß durch Anleihe beschafft werden. Dieser Anleihebedarf (zugleich Zehlbetrag) setzt sich zusammen aus einem Zehlbetrag des ordentlichen Haushalts von 53 063 Mill. M., aus Zehlbeträgen in den ordentlichen Haushalten der Betriebsverwaltungen von insgesamt 11 667 Mill. M., ungedeckte Anleiheausgaben der Betriebsverwaltungen in Höhe von 26 221 Mill. M. und ungedeckte Anleiheausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung mit 19 075 Mill. M.

Hieraus sind bisher für 63 780 Mill. M. Kreditverpflichtungen erteilt worden, jedoch noch ein Kredit von 46 255 Mill. M. zu bewilligen bleibt. Betrachtet man den Haushalt unter dem Gesichtspunkte der Verteilung: Allgemeine Reichsverwaltung — Betriebsverwaltungen — Kontributionshaushalt, so ergibt sich folgendes Bild: Für die allgemeine Reichsverwaltung ergibt sich beim ordentlichen Haushalt ein Uberschuß von 2058 Mill. M., beim außerordentlichen Haushalt bleiben 7911 Mill. M. ungedeckt, jedoch ist für die allgemeine Reichsverwaltung im ganzen ein ungedeckter Ausgabenbedarf in Höhe von 5853 Mill. M. ergibt. Für die Betriebsverwaltungen ergibt sich ein ungedeckter Ausgabenbedarf von 37 897 Mill. M., wovon 3071 Mill. M. Zehlbeträge bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, 8605 Mill. M. Zehlbeträge bei der Reichseisenbahnverwaltung, 1425 Mill. M. ungedeckte Anleiheausgaben bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, 24 756 Mill. M. bei der Reichseisenbahnverwaltung darstellen. Der ungedeckte Ausgabenbedarf im Kontributionshaushalt beläuft sich auf 66 285 Mill. M.

## Die Gewerkschaften und die Kredithilfe der Industrie.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Ma-Bundes haben dem Protest gegen die Bedingungen, die vom Reichsverband der Industrie in der Frage der Kredithilfe gestellt wurden, nunmehr eigene Forderungen an die Reichsregierung folgen lassen. Dieses Programm lautet:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 v. H. ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträge der Veränderung des Geldwertes angepasst sind, in gleicher Höhe zu belassen.
2. Sozialisierung des Rohlenbergbaus zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Betriebsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Frist wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Wertschöpfung.
7. Reichsteuermäßige Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Proz. hinter ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Proz. Zinsen abzuliefern. In die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgelassen, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Proz. zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen- und Effektspekulationen erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

In der Begründung dieser Vorschläge heißt es unter anderem: „Unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß die zu lösende Aufgabe nicht lediglich ein Steuer-, sondern vor allem ein Wirtschafts- und Produktionsproblem ist, halten die Gewerkschaften angehängt der fortschreitenden Geldentwertung eine grundsätzliche Neuordnung für unumgänglich notwendig. Es kommt vor allem darauf an, zum Zwecke der Sanierung der vom Zusammenbruch bedrohten Reichsfinanzen die Leistungsfähigkeit der seit Beginn des Krieges wiedererhaltenen Privatwirtschaft im notwendigen Maße anzuspannen. Die Stilllegung der Rotenpresse, die als die Voraussetzung für jede Befundung der Reichsfinanzen angesehen werden muß, kann nur erreicht werden, wenn bei der bevorstehenden Steuerreform die Wirtschaft in den Dienst des Staates gestellt wird. Die Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen an den Verbund muß es der Regierung zur Pflicht,

Wirtschaftlichkeit der Reichsbetriebe einer Nachprüfung zu unterziehen. Unter unbedingter Ablehnung aller Versuche einer Überführung der Eisenbahn oder anderer Reichsbetriebe in Privatbesitz wird vorgeschlagen, die im Besitze des Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen von ihrer heutigen bürokratischen Bevormundung zu befreien und durch Sozialisierung wirtschaftlich zu gestalten. Gegen die Ausbeutung der Reichseisenbahnen durch privatkapitalistische Lieferanten müssen im Eisenbahnengesetz Sicherungen vorgesehen werden.“

Eine an den bisherigen Verhandlungen des Reichsverbandes der Industrie mit der Reichsregierung hervorragend beteiligte Persönlichkeit hält es nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ für ausgeschlossen, daß die Industrie die von den Gewerkschaften auf der Basis dieser Forderungen verhandeln könne. Die Hauptpunkte, über die Verhandlungen in keiner Beziehung in Frage kommen, seien die Punkte 7 und 8. Innerhalb des Reichsverbandes sei man sich klar darüber gewesen, daß auf die Aktion der Industrie ein Gegenstoß erfolgen würde. Der Reichsverband wüßte selbstverständlich in allererster Linie Verhandlungen mit den Gewerkschaften, aber Verhandlungen auf jüdischer Grundlage. Diese hätten jedoch nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Gewerkschaften, geleitet von dem Bestreben, nach einer Lösung zu suchen, an einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und an der Kreditation der Industrie ernstlich mitzuwirken gewillt seien. Man dürfe die Forderungen der Gewerkschaften nicht überschätzen. Schon in aller Kürze werde es sich zeigen, ob die Gewerkschaften geneigt seien, den Weg mit suchen zu helfen, der uns am Zusammenbruch vorbeiführt.

Gestern wurde im Jirkus Ruck vom Deutschen Reichseisenbahnverband eine Protestversammlung gegen den Plan einer Umwandlung der Reichseisenbahnen in einen privatwirtschaftlichen Betrieb veranstaltet. Nach einem längeren Referat des Vorstandes des Ortsverbandes Berlin nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung an, in der gegen die verlangte Auslieferung der deutschen Eisenbahnen an die Privatindustrie protestiert und erklärt wird, daß die Versammlung entschlossen sei, bei einer etwaigen Durchführung dieses Planes sofort mit dem Generalstreik zu antworten. Die Resolution fordert weiter die Entfaltung der Geld- und Sachwerte. Die Eisenbahner vertieren in geschlossenen Demonstrationen das Versammlungsfeld.

Auch die Reichsarbeitsgemeinschaft des technischen Beamtenverbandes erhebt in einer Erklärung scharfen Einspruch gegen die Entstaatlichung der Reichseisenbahnen.

(Fortsetzung Seite 2.)

## Fortdauer der Weltwirtschaftskrise.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.  
Die Weltwirtschaftskrise, in der die Welt seit Beginn des Krieges lebt, hält an, ohne daß die Mächte sich zu einer gründlichen Heilung der Krankheit zu entschließen vermöchten. An Vorschlägen hierzu fehlt es nicht, wohl aber an entschlossenen Willen bei allen Mächten, und eine für sich allein oder etwa die Gruppe der besiegten Staaten können erst recht keine Hilfe bringen. So hofft man denn, daß die Verhandlungen in Washington, wenn sie auch nominell dem Abkräftungsproblem gelten, doch vielleicht zu einer Aussprache führen, die eine Verständigung zwischen allen Staaten vorbereiten hilft.

Der die Entwicklung der Wirtschaftslage in den einzelnen Ländern verfolgt, kann sich nicht verhehlen, daß Deutschland am schwersten leidet und allmählich jenem Wege näher kommt, der es, wie Österreich, in den Abgrund führt. Den sichersten Maßstab bietet die Entwertung der Mark, die in den letzten Wochen einem Tiefstande zugeführt, dem gegenüber die Wasse zu Ende Januar 1920 geradezu als günstig anzusprechen ist. Automatisch stiegen die Lebenshaltungskosten, was nach den Kriegserfahrungen niemand wundern kann, denn Deutschland vermag für sich allein seine Bevölkerung weder zu ernähren, noch zu bekleiden und zu behausen. Die Preise für Getreide und Kartoffeln stiegen — zufolge dem Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes — von 2015 im September auf 2380 im Oktober, für Fleisch, Fische und Gette von 1943 auf 2325, für Kolonialwaren gar von 2317 auf 3099, und in ähnlichem Verhältnis stiegen die Preise für Textilien, Leder und Metalle, soweit sie aus dem Auslande bezogen wurden. Da auch die Preise der im Inlande erzeugten Waren und Stoffe der Preissteigerung folgten, erhöhten sich die Lebenshaltungskosten im Oktober gegenüber dem September um 7,9 Proz., und gegenüber dem Januar d. J. um 41,4 Proz., alle Zahlen gemäß der Reichsstatistik.

Daß in der abnehmenden Kaufkraft Deutschlands aber auch eine wirtschaftliche Gefahr für jene Länder heraufsteigt, die ihm bisher Rohstoffe, Waren und Lebensmittel geliefert haben, erfahren vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika als Hauptlieferant. Ihre Kaufkraft betrug nämlich im September bloß 325 Mill. Dollars, während sie im August 371 Mill. betragen hatte, und gerade die Rohstoffe lieferten einen beträchtlichen Rückgang auf; wurden im August noch für 105 Mill. Dollars Lebensmittel ausgeführt, so sank deren Ausfuhr im September auf 67 Millionen, und dieser Rückgang wird im Oktober und November noch weit größer sein, soweit die Lieferungen für Mitteleuropa in Betracht kommen, weil dieses bei dem hohen Dollarkurse schließlich nichts mehr aus Amerika wird bezahlen können. Noch deutlicher tritt der Rückgang hervor, wenn die Ausfuhr in den ersten neun Monaten 1920 mit der in den gleichen Monaten 1921 verglichen wird. An Getreide und Rohstoffen wurden nämlich 1920 für 749 Mill. Doll. exportiert gegen 641 Mill. Doll. im Jahre 1921; und bei Fleisch und Vollerzeugnissen ist der Rückgang noch bedeutender, denn er beträgt 129 Mill. Doll. Die Macht der Zahlen dürfte schließlich doch entscheidend sein und Politiker wie Wirtschaftler zur Besinnung bringen. Gerade in der Rohbaumwolle ist Deutschland auf Amerika in erster Linie angewiesen und war vor dem Kriege mit einer der besten Abnehmer. Die jedoch kurzzeit die Preise sehen, ist ein Kauf fast ausgeschlossen, denn das kilo Baumwolle, das im Juli 1914 in Deutschland 63 Pf. kostete, Anfang April 1921 auf 17 M. stieg, ist Ende Oktober auf 84 M. gestiegen und wurde am 4. November mit 104 M. notiert! Und entsprechende Preisaufschläge — wenn auch nicht in gleicher Höhe — zeigen Wolle, Jute, Seide und die Fabrikate aus ihnen.

Deutschland kann weder als Käufer noch als Verkäufer auf dem Weltmarkt entbehrt, geschweige denn angeschaltet werden; dafür ist es als Konsument wie Produzent zu bedeutend; bezog es doch im Jahre 1913 nicht weniger als für 1,7 Milliarden Goldmark Waren aus den Rei-

einigen Staaten, für 876 Mill. M. aus England (ohne Kolonien), für 584 Mill. aus Frankreich und für 541 Mill. aus Belgien. Die Verkäufe war keine Rolle ebenfalls von größter Wichtigkeit, da England für 1,4 Milliarden Mark Waren aus Deutschland erhielt, Frankreich für 789 Millionen, die Vereinigten Staaten für 713 Mill. usw. Dazu war es der beste Abnehmer Italiens, Hollands und Belgiens, von Russland völlig zu schweigen, das in Einfuhr und Ausfuhr in erster Linie auf Deutschland angewiesen war. Steht man diesen Zahlen die Ausfuhr und Einfuhr des damaligen Österreich-Ungarns und Danzigs gegenüber, so ergibt sich deren Bedeutungslosigkeit für die Welt, wenn man von Deutschland absieht, das ja für beide als Bezugs- und Lieferant in Frage kam. Betrachtet man vollends die Zahlen des Welthandels, so zeigt sich, daß hier Deutschland der zweitbeste Kunde war, denn es kaufte 16 Prozent der gesamten Weltausfuhr.

Es würde hier zu weit führen, noch des näheren die enge Verflechtung des deutschen Handels mit dem Weltmarkt zahlenmäßig darzulegen; es genügt, daß der Gedanke einer Hilfeleistung aller Staaten im eigenen Interesse immer mehr an Boden gewinnt, auch wenn politische Erwägungen zurzeit noch das Echo im Volke zu unterdrücken streben. Die Amerikaner als gute Rechner haben am ehesten ihre Verluste infolge der Weltwirtschaftskrise gebucht und allein für das Jahr 1920 die Summe von 12 bis 18 Milliarden Dollar hierfür herausgerechnet. Diese Erkenntnis dürfte ganz von selbst finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen nach sich ziehen.

### Gegen die Lahmlegung der Deutschen Werke.

Die deutsche Protestnote.

Das Auswärtige Amt hat das nachstehende Schreiben an den Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission gerichtet; zugleich ist die Deutsche Botschaft in Paris beauftragt worden, der Vorkonferenz eine Note gleichen Inhalts zu übermitteln:

Die ehemaligen Werkstätten des Heeres und der Marine sind schon alsbald nach dem Ausbruch der Revolution einer völligen Umgestaltung unterworfen worden. Die anfänglich planlose Führung der Betriebe wurde einer Zentralleitung übertragen, der es oblag, geordnete Verhältnisse in den Werken zu schaffen und diese ohne Verzug auf friedenswirtschaftliche Arbeiten umzustellen. Aus verschiedenen Gründen wurde hierfür die Form des privatwirtschaftlichen Unternehmens gewählt. Die Umgestaltung der Werke in diesem Sinne war bereits erfolgt, als die Friedensbedingungen bekannt wurden. Schon zu dieser Zeit hatten also die vorläufigen „Reichswerke“ aufgehört, Heeres- und Marinefabriken im Sinne des Artikels 168 des Vertrages zu sein. Um aber völlige Gewißheit darüber zu haben, daß nicht etwa auf Grund dieses Artikels zu einer Schließung der Betriebe gezwungen und damit die Erziehung vieler Tausende von Arbeitern vernichtet werden müßte, wurde der Antrag an die Vorkonferenz gerichtet, sie möge sich mit dem Fortbestehen der Werke einverstanden erklären. Die Vorkonferenz hatte diesem Antrag durch die Note vom 10. Februar 1920 stattgegeben und ihr Einverständnis an die allgemeine Bedingung der Umstellung auf die Friedenswirtschaft geknüpft. Irigendwelche Forderungen wegen des zu wählenden Fabrikationsprogramms hat sie nicht erhoben. Die von der Vorkonferenz gestellte Bedingung ist in vollem Umfange erfüllt. Mit sehr großem Aufwande ist die dauernde Umstellung der Werke auf reine Friedensarbeit überall durchgeführt. Daß dabei die Wahl des Fabrikationsprogramms die vorhandenen Maschinen, Einrichtungen und Mate-

### Die Gewerkschaften und die Kredithilfe der Industrie.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Endlich haben auch der Reichskanzler Dr. Brüning in einer Besprechung des Reichsstaatskassen der deutschen Zentrumspartei am vergangenen Dienstag und der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld bei einem Empfange der Rührer Gewerkschaftsführer ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Kreditangebot der deutschen Industrie zum Ausdruck gebracht.

Der Umstand, daß die Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie scharfe Ablehnung nicht nur durch politische Parteien und wirtschaftspolitische Verbände erfahren haben, sondern auch innerhalb des Reichskabinetts fastem Widerstand begegnet sind, worüber sich auch die Industrie keinerlei Täuschungen hingibt, hat in den Kreisen der deutschen Industrie den Gedanken reifen lassen, ein neues Angebot an die Reichsregierung ins Auge zu fassen, das sich in wesentlichen Punkten von dem ersten Angebot unterscheiden soll, vor allem darin, daß eine neue Wirtschaftsförm für das Eisenbahnwesen gesucht werden soll. Es verlanget, daß Vertreter der Industrie bereits in Fühlung mit Vertretern der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftskategorien getreten sind, um die Grundlagen für das neue

Angebot zu beraten. Auch der Handel, das Gewerbe und die Banken sollen zu diesen Beratungen herangezogen werden, um so eine weitere Basis für die Kredithilfe der Industrie zu schaffen. Auch sind Verhandlungen mit den Gewerkschaften in Aussicht genommen.

Nach Lage der Dinge muß, so bemerken hierzu die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, allerdings angenommen werden, daß sich diese Verhandlungen sehr schwierig gestalten dürften, selbst dann noch, wenn beide Lager Entgegenkommen zeigen und ihre Forderungen auf ein Mindestmaß zurückstellen würden. Es sind Gegenstände zu überwinden, die, vorerst wenigstens noch, unüberwindlich erscheinen. Die Reichsregierung steht allerdings auf dem Standpunkte, daß die Kreditaktion unbedingt zustande kommen müsse, damit wir den in den nächsten Jahren fällig werdenden Reparationsleistungen nachkommen können. Sie wird selbst Mittel und Wege vorschlagen, um zu einem Ziele zu gelangen.

Das Reichskabinett, das bereits am Montag abend sich mit den Bedingungen der Kredithilfe der Industrie beschäftigt hatte, trat am Dienstag nachmittag zu einer neuerlichen Kabinettsitzung zusammen, über deren Ergebnis jedoch noch nichts bekannt geworden ist.

riolen sowie die Fachkenntnisse der in den Werken beschäftigten Arbeiterkraft mitbestimmend waren, ist selbstverständlich, zumal die Vorkonferenz sich ja gerade mit Rücksicht auf die Weiterbeschäftigung dieser Arbeiterkraft mit der Erhaltung der Betriebe einverstanden erklärt hatte. Das nach diesen Gesichtspunkten gewählte Fabrikationsprogramm ist der Militärkontrollkommission und ihren Unterkommissionen niemals vorgehalten worden; die Umstellung der Werke ist vielmehr unter ihren Augen, unter ihrer täglichen, genauen Kontrolle vor sich gegangen. Sie sind auch bisher offenbar der Ansicht gewesen, daß der von der Vorkonferenz gestellten Bedingung Genüge geschehen war, denn sie haben bis in die neueste Zeit in keinem Falle Widerspruch erhoben. Nach jahrelanger, mühsamer Arbeit glaubte die Leitung der Deutschen Werke die mit der Umstellung verbundenen ungeheuren Schwierigkeiten überwunden und eine gesunde wirtschaftliche Basis gefunden zu haben, die ihrer Arbeiterkraft eine bleibende, sichere Existenz gewährleistet. Da legten plötzlich Schlag auf Schlag eine Reihe von Maßnahmen der Kommission ein, die in völligem Widerspruch mit deren bisheriger Haltung und mit dem Beschluß der Vorkonferenz vom 10. Februar 1920 den durch diesen Beschluß garantierten Fortbestand der Werke auf das äußerste gefährden. Die einzelnen Maßnahmen und ihre Wirkungen sind in der Anlage I dieses Schreibens dargelegt. Es ergibt sich aus den dort gemachten Ausführungen, daß die Erfüllung der Forderungen der Kommission in ihrer Gesamtheit die Schließung ganzer Betriebe zur Folge haben und damit nicht nur alle bisher geleistete Summe machen, sondern auch Tausende von Arbeitern um ihre Existenz bringen würde. Die Deutsche Regierung ist sich bewußt, daß sie kein Verbot trifft, aus dem sich dieser plötzliche Stellungswandel der Kommission erklären ließe. Alle Forderungen auf Herabsetzung, Umbau und Entfernung von Spezialmaschinen für die Herstellung von Kriegsmaterial, auf Vernichtung von Loren und sonstigen Geräten, auf Umgestaltung ganzer Gebäude und einzelner Einrichtungen sind, so weitgehend sie auch waren, erfüllt worden, um den Betrieben ein für allemal den Charakter von „Heeres- und Marinefabriken“ zu nehmen. Werte von vielen Millionen sind so vernichtet worden. Mit welcher Gründlichkeit dabei vorgegangen wurde, ist in der Anlage II im einzelnen dargelegt. Jede Gefahr einer Wiederumstellung auf die Fabrikation von Kriegsgeräten ist

damit beseitigt. Dafür, daß diese Beseitigung eine dauernde ist, bürgt nicht nur die rücksichtslos angeübte Kontrolle der Kommission — auch die Deutsche Regierung und die Arbeiterkraft der Werke selbst stehen dafür ein. Die Deutsche Regierung verkennt nicht, daß es die Aufgabe der Kontrollkommission ist, die Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages und die Durchführung des Beschlusses vom 10. Februar 1920 auf das schärfste zu überwachen; sie hat sich in dieser Erkenntnis und um auch nur den Anschein der Objektivität zu vermeiden, so mancher Maßnahme gefügt, deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit sie nicht erkennen konnte. Im vorliegenden Falle aber muß sie Einspruch erheben, weil die neuen Forderungen der Kommission nicht nur ungerechtfertigt, sondern auch geeignet sind, in ihren Auswirkungen schwere Beeinträchtigung in weite Kreise des deutschen Volkes zu tragen und die Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftskörpers ernstlich zu beeinträchtigen. In Zusammenfassung der in den Anlagen I und II enthaltenen Darlegungen bittet die Deutsche Regierung die Kommission, sich in Abänderung der erhabenen Forderungen damit einverstanden zu erklären, daß

1. in Erfurt und Spandau-Paselsdorf die Fabrikation von Schußwaffen und Munition für Jagd und Sport in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang weiterhin gestattet wird (Aufhebung der Note vom 23. September 1921);
2. im Werke Wolsgang die Fertigung von Kollodium und Nitrozellulose zur Herstellung von Filmrollen und Kunschkleber gestattet wird und auch die übliche Fabrikation (Schwarzpulver, Schuss- und Automatenreparaturen und anderes) unter Belassung der dazu erforderlichen Werkstätten weiterhin zugelassen werden. (Aufhebung der Note vom 30. September 1921 sowie Nachprüfung und Einschränkung der Leistungsbedingungen der Militärkontrollkommission Frankfurt a. Main bezüglich der Anlagen im Werke Wolsgang);
3. im Hüttenwerke Spandau der Ausbau des geplanten Walzwerkes genehmigt wird (Note vom 9. September 1921);
4. a) die von der Militärkontrollkommission Berlin bezüglich der Werke Spandau-Paselsdorf und von der Militärkontrollkommission Frankfurt a. M. bezüglich des Werkes Erfurt getroffenen Anordnungen auf Herabsetzung oder Beseitigung beseitigt, zum Teil für das Friedensprogramm neu beschaffter Maschinen nachgeprüft und beschlagnahmt werden, b) die

Neubeschaffung notwendiger Maschinen nicht unterbunden und ausreichender Transport von Wert zu Wert nicht gesperrt wird, c) für die trotz vorstehender Nachprüfung und Beschlagnahme noch zurückgehaltenen Maschinen eine Bestimmungsgemäße und rentable Geschäftsführung Rechnung trägt; 5. die durch den Beschluß der Vorkonferenz vom 21. September 1921 geforderte Beschlagnahme der Verfügungsberechtigung der „Deutschen Werke A.-G.“ über die Rohmaterialien der Werke aufgehoben wird.

Anlage I der Note enthält eine eingehende Zusammenfassung der von den Kontrollkommissionen gegen die verschiedenen Betriebe der „Deutschen Werke A.-G.“ gerichteten Maßnahmen und eine Darstellung der Folgen, die sich für den Bestand der Werke aus der Durchführung dieser Maßnahmen ergeben würden.

In Anlage II sind die Forderungen und sonstigen Maßnahmen geschildert, die auf Anwendung der Kontrollkommissionen in den einzelnen Betrieben durchzuführen sind, um den Werken den Charakter von „Heeres- und Marinefabriken“ zu nehmen und sie auf reine Friedensarbeit umzustellen.

Über den Eindruck, den die Vertreter der Gewerkschaftskommission im Spandau Rundgang durch die Deutschen Werke in ihrem Gewande haben, teilt der „Vorwärts“ u. a. mit, daß die Vertreter der Arbeiterkraft zu der Überzeugung gekommen seien, daß die Fabrikation in den Deutschen Werken ganz auf Friedensarbeit eingestellt sei. Mit der Herstellung von Sport- und Jagdwaffen seien alles in allem 900 Personen beschäftigt. Die Maschinen, die z. B. zur Herstellung von Gewehrläufen dienen, seien so umgebaut worden, daß sie nicht mehr Kriegswaffen herstellen könnten. Dasselbe gelte von den großen Bohr- und Treibmaschinen, auf denen während des Krieges Turbopumpen- und Kanonenrohre gefertigt wurden. Weiter durch die Stilllegung dieser Maschinen sei den Deutschen Werken erheblicher Schaden erwachsen. So mußte das Werk einen großen Auftrag von Schiffen an die Privatindustrie abgeben. Auch in anderen Teilen des Werkes, wo z. B. Motoren und Bauelemente hergestellt wurden, sei an die Fabrikation von Kriegswaffen übergegangen. Die Vertreter der Gewerkschaften sei zu der Überzeugung gekommen, daß im Falle einer Robilmachung mindestens 4 Monate vergehen würden, bevor in Spandau an die Herstellung irgendwelcher Kriegswaffen gedacht werden könne.

### Oberschlesien.

Ein in einer Breslauer Zeitung veröffentlichter Aufsatz enthält über die Regelung des Optionsrechts in Oberschlesien wesentliche Irrtümer, die geeignet sind, Beunruhigung in die betroffenen Bevölkerungskreise zu tragen. In dem Aufsatz wird behauptet, daß gemäß der Entscheidung der Vorkonferenz das Optionsrecht veräußert werden darf. Die Bewohner des den Polen zugewiesenen Gebiets müßten gemäß Artikel 91 Absatz 3 des Friedensvertrages bis zum 10. Januar 1922 für Deutschland optieren, dagegen die Bewohner des den Deutschen zugewiesenen Gebiets noch innerhalb der beiden folgenden Jahre für Polen. Dies trifft nicht zu. Vielmehr beginnt die für die Ausübung des Optionsrechts gezielte zweijährige Frist gemäß Artikel 91 Absatz 3 für alle Optionsberechtigten in Oberschlesien erst mit dem Tage der endgültigen Entscheidung über Oberschlesien zu laufen. Diese Entscheidung wird erst erfolgen, wenn die Grenzlinie an Ort und Stelle festgelegt ist, und wenn die in Rücksicht

### Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 17. November.

#### Zur unentgeltlichen Abfertigung der Lernmittel an die Schüler der Fach- und Fortbildungsschulen (Berufsschulen).

Von G. Burkhart, Direktor der 3. Städt. Fach- und Fortbildungsschule zu Chemnitz.

8. Und das Wichtigste: der Kostenpunkt: a) Für die Schüler der Klassen der konstruierenden Berufe in der 3. Fach- und Fortbildungsschule zu Chemnitz wird benötigt:

1. Jahrgang:		132,50
Reißbrett	30.—	Übertrag
Reißzirkel	10.—	1 Stillebuch
2 Winkel	9.—	2 Tagebücher
1 Dreifantmaßstab	6.—	10 Federn
1 Reißzeug	50.—	1 Rechenbuch
1 Stillebuch	3.—	1 Falter
10 Zeichenbogen	12,50	Formulare (2. und 3. Jahrgang)
Reißwecken	—50	16 Zeichenbogen
2 Bleistifte	2.—	1 Stillebuch
1 Radiergummi	2.—	4 Bleistifte
3 Flaschen Tusche	7,50	2 Gummi
		132,50

Hierzu für alle 3 Jahrgänge:  
 Fachrechenbuch 9,30  
 Gewerkehandliches Handbuch 15.—  
 Mindestsumme: 199,30

Man kann also die einmaligen Anschaffungskosten für jeden Schüler der konstruierenden Berufe mit rund 200 M. als Mindestbetrag berechnen. Preissteigerungen und erhöhter Einzelverbrauch sind hierbei noch nicht in Rechnung gestellt.

Demnach wären für die konstruierenden Klassen der 3. F.-B.-Sch., den gesammten Bedarf (115 Klassen) gerechnet, zunächst erstmalig auszugeben:

115 · 30 (Schülerzahl) = 3450 Schüler · 200 M. = 690 000 M.

Die Summe kann abgemindert werden, wenn man nicht für jeden Schüler Reißzeug, Reißzirkel und Winkel (Preis in Sa. 60 M.) rechnet, sondern diese als Zimmerinventar betrachtet (Hausaufgaben ausgeführt). Man müßte dann auf jedes Zimmer je 30 Stück rechnen. Demnach 22 (Zimmerzahl) · 30 = 660 mal rund 60 M. also: 660 mal rund 60 M. = 39 600 M. einsehen, hat 3450 Schüler mal 60 = 207 000 M. also: 690 000 — 207 000 + 39 600,

das ist 512 000 M., die aber erhöht werden durch Anschaffungskosten für Schulbücher (für jedes Zimmer mindestens 10 Stück) je 80 M. = 800 M. · 22 = 176 000 M.

512 000 M. und 176 000 M. = 688 000 M.

Räudlich müssen diese Lernmittel auch sicher aufgehoben werden. Dazu sind Schränke (sicher verriegelbare) nötig. Für jedes Zimmer ein Schrank, gerechnet zu 4000 M. = 188 000 M., zu 688 000 M. gesamt, ergibt also

Gesamtsumme: 876 000 M.

Da die 3. F.-B.-Sch. 169 Klassen hat, darunter nur 6 Richtklassen, sind weiter in Rechnung zu setzen noch die Bedürfnisse von 54 Klassen, die insgesamt auf 250 000 M. beschreiben veranschlagt sein mögen. So kann man als erstmalige Anschaffungskosten für Lernmittel in der 3. F.-B.-Schule rund

1 126 000 M. in Ansatz bringen.\*

Die 1. und 2. F.-B. haben zusammen etwa 1000 Schüler mehr als die dritte. Es wird nicht zu niedrig gegriffen sein, wenn für die drei F.-B.

\* Hierbei ist das Material für den Vertikallinienunterricht noch nicht in Rechnung gestellt. Gebraucht wurde im Schuljahr 1920/21 für 12882,48 M. Es waren in manchen Werkstätten noch Vorräte vorhanden. Bei der gewöhnlichen Preissteigerung setzt man den Materialbedarf auf das Jahr 1922/23 mit 25 000 M. wohl kaum zu hoch an. Dieser aber kann von gewerblichen Organisationen aufgebracht werden.

Schulen für Knaben ein erstmaliger Beschaffungsbedarf von 2,5 Mill. M. gerechnet wird. Die Mädchen-F.-B.-Schule zu Chemnitz schätzt ihren Lernmittelbeschaffungsbedarf auf mindestens 391 500 M. für 1921/22. Er beträgt nach Vorsehung des Aufbaues das Dreifache = 1 174 500 M.

b) Zu diesem erstmaligen Aufwand kommt dann der jährliche. Er sei für die 3 F.-B. folgendermaßen berechnet:

Jeder Zeichenschüler braucht mindestens jährlich:	
1 Tagebuch	1.80 M.
1 Rechenbuch	1.80 „
1 Stillebuch	3.— „
10 Federn	1.50 „
Reißwecken	0.50 „
1 Gummi	2.— „
Formulare	0.60 „
Block oder acht Zeichenbogen	10.— „
	21.20 M.

Diese Mindestsumme kommt außer sechs Klassen für Ungerlernte und fünf Klassen für nichtzugehörige Metallarbeiter für alle Schüler der 3 F.-B.-Sch. in Betracht also für 4300 Schüler weniger 330 Schüler (11 Klassen mal 30 Schüler) = 3970 Schüler mal 21,2 M. = 34 163 M., dazu 3531 M. für Ungerlernte (330 Schüler mal 10,70 M.).

Hierzu ist noch zu rechnen jährlicher Verlust und Bruch von Lernmitteln (Reißzirkeln, Brettern, Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen. Lehrmittel-Freibeit.

Nr.	gedruckte Bücher	Schreibmat.	sonstige Lehrmittel	Zahl der Schül.	Berechnung
SI	10.— M.	35.— M.	25.— M.	5 × 25	70.— M. × 125 = M. 8 750.—
SII	10.—	30.—	20.—	2 × 25	40.— × 50 = 2 000.—
SIII	10.—	15.—	10.—	2 × 25	25.— × 50 = 1 250.—
Pa.	6.50	18.50	50.—	1 × 25	70.— × 25 = 1 750.—
K.	15.—	20.—	—	6 × 25	35.— × 150 = 5 250.—
W.	6.50	18.50	25.—	4 × 25	50.— × 100 = 5 000.—
Hv.	6.50	11.50	132.— (Stoffe)	2450	150.— × 2450 = M. 367 500.—
					Ga. M. 391 500.—

Schulbüchern usw.), gering geschätzt auf 50 000 M. jährlich, gibt einen Mindestbedarf von 84 164 M. für Knaben. 3531 „ „ Ungerlernte 50 000 „ „ Verlust u. Reparatur 137 696 M. jährlich für die 3 F.-B.-Sch. für die anderen 2 Schulen zusammen dieselbe Summe: 137 696 M. (sehr niedrig angelegt) Ga. 275 386 M.

Ja jährlich reichlich ¼ Mill. Dazu für Mädchen (ohne gedruckte Bücher aber 3 Jahrgänge gerechnet (Anlage\*) 1 113 789 M., Gesamtjahresbedarf für Chemnitz über 1 389 174 M.

Ergebnis: Wer aus den Darlegungen zu I und II erkannt hat, daß das am Eingange gekennzeichnete Ideal in der Wirklichkeit des Schulwesens viele Nachteile im Gefolge haben würde, wird nicht bereit sein, in Zeiten der Armut dem franten Gemeindegeld und Staatsfiskus so schwere Opfer, wie sie unter IIIa und b fliziert sind, zuzumuten.

Können wir Bemittelte und wenig Bemittelte sich Bildungsgüter erkämpfen — am liebsten mit Opfern —, dann lernen sie den Wert der Schulbildung auch schätzen. Und helfen wir den wirklich wirtschaftlich Schwachen in jeder Beziehung reichlich, ohne daß sie sich als Schüllinge öffentlicher Wohltätigkeit fühlen.

genommenen Wirtschaftsverhandlungen zur Annahme eines vertraglichen Reglements geführt haben.

Die „Main“-Medlung, daß der Völkerverbund den ehemaligen Präsidenten des Bundesrates Calonder zum Vorsitzenden für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen betr. Oberpräsident bestellt hat, bestätigt sich. Die Verhandlungen werden in Genf in einigen Tagen beginnen.

**Saargebiet.**

Auf zweimalige Aufforderung der Regierungskommission hielt die Stadtverordnetenversammlung in Saarbrücken eine Sitzung ab, um über die Frage zu beraten, ob der Anweisung der Regierungskommission, die für die städtischen Beamten vom Verwaltungsausschuß und der Regierungskommission angenommene Bezahlung in Franken auch den städtischen Arbeitern und Angestellten zu gewähren, Folge geleistet werden soll. Die drei großen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung nahmen eine interfraktionelle Entscheidung an, in der erklärt wird, daß sie bei ihrem Beschluß, jede Frankenspendung abzulehnen, beharren. Die inzwischen weiter gepflegte Verhandlung habe die Stadtverordneten veranlaßt, den beschlossenen 50prozentigen Zuschlag auf 75 Prozent der deutschen Löhne und Gehälter zu erhöhen unter Beibehaltung der vermehrten Familien- und Kinderzulage. Auf Grund dieses Beschlusses erwartet die Stadtverordnetenversammlung die unverzügliche Wiederaufnahme der Arbeit. Gegen diese Resolution stimmten nur die vier Kommunisten und ein unabhängiger Stadtverordneter, während sich der zweite Unabhängige der Stimme enthielt. Darauf wurde die Sitzung geschlossen, da erklärt wurde, daß man keine städtischen Angelegenheiten erledigen wolle, ehe nicht die Streitfrage gelöst sei.

Der Kreisrat des Kreises Ottweiler hat es unter Zustimmung aller Parteien abgelehnt, zu den vorgelegten Gesetzentwürfen der Regierung Stellung zu nehmen, weil mit einer Ausnahme die bisherigen Gutachten des Kreisrates nicht berücksichtigt wurden, und weil in manchen wichtigen gesetzgeberischen Angelegenheiten die Kreisräte als die gewählten Vertreter der Saargebietbevölkerung nicht befragt worden sind, so z. B. bei der Einführung der staatlichen Frankenspendung und der Frankentaxe bei Post und Eisenbahn, bei der neuen Stadtverordnetenwahl. Der Kreisrat beschloß, daß diese einmütige Entscheidung dem Völkerverbund zur Kenntnis gebracht werden solle.

**Zur Aundgebung des vormaligen Kronprinzen Rupprecht von Bayern.**

Wie die „Münchener Zeitung“ meldet, ist jetzt festgestellt worden, daß sich der frühere Kronprinz Rupprecht alsbald nach dem Hinscheiden seines Vaters ausdrücklich dahin geäußert habe, daß er der Regierung keinerlei Schwierigkeiten bereiten und die Wiederherstellung der Monarchie nur auf verfassungsmäßigem Wege erstreben werde. Diese Äußerung sei den maßgebenden Stellen schon vor der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen aus Exil bekannt gewesen.

**Kleine Nachrichten.**

Berlin, 17. November. Der neuernannte Vertreter der russischen sozialistischen Delegationen Sowjetrepublik in Deutschland Reichsminister wurde am vergangenen Dienstag vom Reichskanzler aus Anlaß der Übernahme der Geschäfte empfangen. — Am Sonnabend den 12. d. M. hat in Potsdam in der Kaserne des früheren

1. Garde-Infanterieregiments, jetzt belegt mit Teilen des Reiterregiments 4, eine Entente-Kommission die Durchsicht eines Stalles verlangt, unter dem nach einer Denunziation Munitionsmengen verborgen sein sollten. Die Truppe ließ sofort den Stall militärisch absperren und am nächsten Morgen nach weiterer Verhandlung mit der Kommission die Durchsicht bereitwillig ausführen. Es wurden 240 Rifen Munition gefunden, die dort mindestens zwei Jahre gelagert haben muß, so daß die letzte Truppe und die jetzt vorgelegten Dienststellen in keinerlei Beziehung zu ihr gebracht werden können. Die Munition wurde der Reichstreuehandgesellschaft übergeben. Es handelt sich um Patronen für Kalaschnikows, die in der Reichstreue nicht geführt werden.

— Pastor Hörsel aus Wörschitz auf Usedom und Pfarrer Galtz aus Vaherborn, denen die französische Regierung schon wiederholt erlaubt hat, die deutschen Kriegsgefangenen in Avignon, Cuers und Agay aufzusuchen, haben diese in den Tagen vom 31. Oktober bis 4. November wiederum besucht. Die Gefangenen, denen es gesundheitlich gut geht, die aber alle schmerzhaft des Tages der Befreiung harren, nahmen die Grüße der Heimat und deren Überbringer mit lebhafter Freude auf. Am 31. Oktober wurde von einer Abordnung der Gefangenen an den Gründern der in Avignon befristeten deutschen Kameraden unter Beteiligung der beiden Geistlichen feierlich ein Kranz niedergelegt. Noch immer werden 61 Gefangene in Avignon festgehalten. Sieben von ihnen werden nach Ablauf ihrer Strafe am 24. November Avignon verlassen.

— Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ hört, hat der Berliner Magistrat 9 Mill. M. bereit gestellt, die zur Auszahlung an erwerbslose Arbeitslose im Winter und sonstige durch Arbeitslosigkeit in Not geratene Personen dienen sollen.

Bremen, 17. November. In Bremerhaven kamen am vergangenen Dienstag mit dem Dampfer „Moewe“ 52 ukrainische Waisenkinder aus der Ukraine über Danzig an, um mit dem Dampfer „Amerika“ nach Rio de Janeiro weiterbefördert zu werden. Die Eltern der unglücklichen Kinder sind den furchtbaren Wirren zum Opfer gefallen, die im Ruflande infolge der Revolution und der vielen Kämpfe gegen die Sowjetregierung immer wieder ausbrechen.

Köln, 17. November. Legationssekretär Graf Bernstorff, der bisher als Vertreter des Auswärtigen Amtes des Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete in Koblenz zugewiesen war, wird am 15. d. M. aus seiner bisherigen Stellung ausgeschieden. Zu seinem Nachfolger ist Legationssekretär v. Levegow bestimmt, der bisher im Auswärtigen Amt tätig war.

**Die Konferenz in Washington.**

**Der Verlauf der Sitzungen.**

Nach einer Mitteilung des Sonderberichterstatters der Agence Havas in Washington wird die Konferenz wie ein Parlament tagen. Ihre Dauer werde wahrscheinlich zwei Monate betragen. Sie werde öffentliche Sitzungen abhalten, aber die Arbeit werde in Kommissionenberatungen vorbereitet werden. So werde sie heute vormittag öffentlich verhandeln, damit Balfour sich über den englischen Standpunkt zum Vorschlag von Hughes äußern könne. Nachmittags werde die Erörterung der gleichen Frage in der Kommission fortgesetzt werden. Die Fragen des Fernen Ostens würden wahrscheinlich gleichzeitig zur Erörterung gelangen. Im allgemeinen würden die Delegierten damit beginnen, sich über die einstimmig angenommenen Punkte zu verständigen und dann diejenigen besprechen, über die irgendeine Meinungsverschiedenheit entstanden sei.

**Die Beratungen der Abrüstungskommission.**

Nach einer Vorabmeldung aus Washington wird die Unterkommission der Marinefachverständigen von Zeit zu Zeit über den Fortgang ihrer Beratungen der Abrüstungskommission Bericht erstatten. Die Unterkommission legt sich auf dem Weisheit des Marineattachés, Roosevelt, als Vorsitzenden und den Admiralen Beatty, de Don, Action und Kato zusammen. Heute vormittag ist in der Kommission der Delegierten der neun vertretenen Mächte die Frage des Stillen Ozeans zur Sprache gekommen.

**Die Schwierigkeiten der Konferenz.**

Der Sonderberichterstatter des „Journal des Debats“ in Washington schreibt am Dienstag: Nach der sehr wichtigen und äußerst geschickten Rede Balfours sei der fast begeisterte Optimismus, der seit Sonnabend geherrscht habe, ein wenig erschüttert worden. In autorisierten Kreisen beginnt man die ersten Schwierigkeiten zu bedenken, die unvermeidlich bei der Erörterung der Einzelfragen entstehen würden. Unter den Schwierigkeiten nennt der Berichterstatter die Frage der Unterseeboote. Die zahlreichen päpstlichen Erklärungen der Japaner hätten noch keine endgültige Bedeutung. Es scheint jedoch augenblicklich möglich, daß man zu einem Einvernehmen gelange.

**Zusammenkunft Hughes' mit Briand und Jufferand.**

Staatssekretär Hughes, der vorgestern eine lange Konferenz mit Briand und Jufferand über die Stellung Frankreichs gegenüber Deutschland, die französischen militärischen Einrichtungen und die Reparationen hatte, bereit gestern lange mit dem italienischen Bevollmächtigten Schanzer und Albertini und hat sie, sowohl an der Erörterung der Abrüstungsfrage wie auch der Frage des Fernen Ostens tätigen Anteil zu nehmen. Einer Mitteilung Wellington Road zufolge wird die chinesische Kommission in Washington der Konferenz Vorschläge für eine Regelung des Ostens unterbreiten, die auf folgenden allgemeinen Grundgedanken beruhen: Von der Rehabilitierung Chinas hängt der Frieden des ferneren Ostens ab. China muß in die Lage versetzt werden, seine eigene wirtschaftliche Wiederherstellung durch die Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen des Landes zu vollbringen. Auch die territoriale Integrität Chinas muß gewährleistet werden. Weitere Eingriffe durch ausländische Konzepte müssen aufhören. China muß absolute politische Unabhängigkeit haben und von jeder Einwirkung von außen verschont bleiben.

**Der Vorschlag der Flottenabrüstung.**

Die Abgeordneten der fünf Großmächte haben den Vorschlag der Flottenabrüstung einer Sonderberichterstattung zur Prüfung überwiegen, in der jede Nation durch einen Admiral vertreten sein wird.

**Die amerikanischen Vorschläge und die Vertreter der vier übrigen Großmächte.**

Aus Washington wird gemeldet: Balfour erklärte in seiner Antwort zu den Abrüstungsvorschlägen der Vereinigten Staaten: von Amerika wird mit dem Vorschlag von Hughes übereinstimmend über die Einschränkung der Waffnungen zur See durch Balfour war das überraschende Merkmal auf der zweiten Sitzung der Abrüstungskonferenz.

Die Galerien waren wieder mit hohen Offizieren und Flottenoffizieren sowie Mitgliedern des Kongresses und anderen hervorragenden Persönlichkeiten voll besetzt.

Nach Balfour sprach Admiral Kato, der ebenfalls zum Ausdruck brachte, daß Japan die Vorschläge des Staatssekretärs im Prinzip annimmt, und der die Stellungnahme Japans gegenüber der Herabsetzung der Flottenstärke darlegte.

Ergänzend wird aus Washington gemeldet: Balfour gab der Ansicht Ausdruck, daß der Vorschlag betreffend das Verhältnis der Schlachtschiffe der einzelnen Mächte zueinander annehmbar und die Höhe der Einschränkungen angemessen sei. Er schlug vor, daß die Unterseeboottonnage vermindert und der Bau von großen Unterseebooten untersagt werde. Als Balfour die lokale und vollständige Mitwirkung Großbritanniens bei den Seeabrüstungsfragen zulagte, erhoben sich die Japanner und spendeten während einer halben Minute lebhaften Beifall. Auch die Erklärung Balfours über die Unterseeboote fand warme Zustimmung. Balfour schlug vor, daß die Frage der Ersatzbauten und die Frage der Kreuzer, die nicht für Flottenaktionen erforderlich sind, technischen Sachverständigen zur Ermägung überlassen werden sollen, da diese Fragen nicht die hauptsächlichsten Richtlinien der amerikanischen Vorschläge betreffen.

Nachdem Balfour geredet hatte, hielt Admiral Kato in japanischer Sprache eine Rede, in der er sagte: Japan würdigt in hohem Maße den amerikanischen Plan und ist überzeugt, daß er den Nationen unheimliche Ausgaben erspart und den Weltfrieden sichern wird. Japan, das die hohen Absichten, die den Staatssekretär Hughes geleitet haben, zu schätzen weiß, nimmt den Vorschlag im Prinzip mit Freuden an. Es ist bereit, zeitlich zu einer radikalen Herabsetzung der Ersatzbauten zu schreiben. (Lebhafte Beifall.) Natürlich wird man die Bedürfnisse der besonderen territorialen Lage Japans in Rechnung ziehen müssen. Infolgedessen ist eine genaue Prüfung des amerikanischen Planes notwendig. Japan, das sich niemals die Vorbereitung eines Offensivkrieges im Auge gehabt. Nach einer Vorabmeldung führte Kato noch aus, die Vorschläge für den Ersatz der verdrängten Schiffstypen würden von den japanischen Marinefachverständigen genau geprüft werden, damit gewisse Abänderungen vorgeschlagen werden könnten, die von den amerikanischen und den anderen Delegierten erzwungen werden könnten.

Der Führer der italienischen Delegation Schanzer gab der Befriedigung der italienischen Delegation in einer kurzen Erklärung in englischer Sprache Ausdruck, ohne auf technische Einzelheiten einzugehen.

Darauf folgte Briand. Er sagte u. a.: Die zur Verhandlung stehenden Fragen interessieren vor allem die großen Seemächte. Ich habe mit Freude die Zustimmung Großbritanniens zum Kenntnis genommen. Frankreich steht dem Marineproblem nicht gleichgültig gegenüber. Der Krieg hat unsere Flotte getroffen, die schon viel schwächer ist als sie sein sollte. Aber, sagte Briand mit erhobener Stimme hinzu, es gibt noch ein anderes Problem. Die Debatte hier betrifft nicht allein eine Frage des Budgets, es handelt sich um bedeutendere Fragen. Man muß wissen, ob die Völker zu einem Einverständnis gelangen können, damit die Grausamkeiten eines Krieges vermieden werden. Wenn das Problem der Abrüstung zu Lande, das die Grundlage für

Diese Summe bezieht sich nur auf gegenwärtige Jahre. Sie wird sich also 1922/23 verdoppeln, 1923/24 ungefähr des Dreifachen betragen. Sollten aber noch Mittel zur Förderung des Schulwesens in Staats- und Gemeindefonds vorhanden sein, so sei in erster Linie daran gedacht, daß für Berufsschulen zur höchsten Not Gebäude und zur Ausgestaltung des Unterrichts noch Millionen für Lehrmittel gebraucht werden.

**Liederabende.** (Senta Höfel.) Von ihrem mit unserem einheimischen Musikleben auf engste verwachsenen Vater, Prof. Kurt Höfel, am Klavier begleitet, stellte sich gestern zum erstenmal Senta Höfel als Liederfängerin im Palmengartenkeller vor, und eine freundlich gesinnte und gefühnte Höflichkeit bereitete ihr verdientermaßen eine ermunternde Aufnahme. Die junge Sängerin besitzt einen angenehmen klaren und leicht und doch durchaus nicht substanzlosen Sopran, sowie ein bereits der Entwicklung etwas erschlossenes Vortragsvermögen. Doch, meine ich, jedes, stimmliche Ausbildung wie Pflege des Vortragsvermögens, sind nicht ganz auf der richtigen Fährte. Die gesungene Technik bevorzugt eine der rechten Stützung entbehrende und darum sachte Resonanz, die den Klang und das Ausdrucksvermögen des Tones beeinträchtigt. Hier Wandel zu schaffen, hier der höchsten Stimme erst ihren Reiz entfalten lassen. Das würde dann freilich zunächst aber auch noch besser an Gesängen einer Wahl geschehen, die mehr dem Charakter der Stimme und des Wesens der Persönlichkeit der jungen Sängerin zu entsprechen hätte. Die tiefe feierliche Resonanz, die z. B. Gesänge wie „Erster Verlust“, „Im Abendrot“, „Die Liebe hat gelogen“ von Schubert u. a. m. erfordern, vermag im gesungenen Ausdruck der sonst sympathischen Debitantin zum mindesten im jetzigen Stand ihres Könnens noch nicht zu schwingen. — (Hertha Dehmlow.) Im Gegenstoß zu dem Noviztum, das die junge Sängerin im

Palmengartenkeller vertreten hatte, stand man in der namhaften Berliner Sängerin im Künstlerhaus teils künstlerisch gegenüber. Darbietungen, aus denen man etwas mitnahm, wie man zu sagen pflegt. Gesungene Intelligenz, durchgeführte Vortragskunst, tadelloser Textbeherrschung im Technischen wie im Ausdruck, alles gibt vereint etwas Vorbildliches für unsere, ad, so spärlichen künstlerischen Nachwuchs. Wie im rein und vorwiegend Lyrischen, z. B. bei Schumann, sich der Vortrag Hertha Dehmlows gefaltete, und dann im Episch-Dramatischen, und wieder die Gegenläufe innerhalb des Repertoires, die Macht und Größe des Refraktärs einer- und der Plauderton der Rattenlegerin andererseits. Man freut sich, mal bei solcher reifen Kunst das Kritische — andere ablassen zu können. Dr. E. C. Wolff bewies schon als Begleiter, daß er ein Pianist von Kultur und Geschmack ist, aber auch seine Einzelvorträge verdienten alle Anerkennung. Von den alten Stücken: Scarlatti, Rameau und Bach spielte er nur des ersten Sonate mit etwas zu langsamerem Klavierton im Hinblick auf diese ganz ausgesprochene Gemaltoteknik. Die Rameauschen Stücke vertrugen solche Moderation schon mehr zur Erhöhung ihrer Wirksamkeit. — D. C.

**Klavierabend.** Der Dresdner Tonkünstler Rudolf Feigert ist seit langem als Pianist und Lehrer seines Instruments geschäftig. Er hat bereits eine stattliche Gemeinde, und diese zeichnete ihn auch gestern abend im Palmengarten wiederum durch lauten Beifall aus. Drei Standard-Werke der Klavierliteratur standen auf der Vortragsliste, Beweis genug, daß der Künstler nach den höchsten Zielen strebt. Nizis H.-moll-Sonate, Robert Schumann gewidmet, Johann des Letzgenannten 12 symphonische Klavier in Variationenform (Werk 13) und Felix Trautweins E-dur-Sonate (Werk 6) brachen an den Spieler in technischer und geistiger Beziehung gewaltige Anforderungen. Mit wachsendem Temperament griff Feigert seine Aufgaben an, und viel Schönes entquoll dem Flügel. Hier und da hätte man die Pianoforteleuten etwas

partier, verhaltenen gewünscht. Jedenfalls aber sei der Konzertgeber dafür bedankt, daß er dem Andenken Felix Trautweins eine Guldigung darbrachte. — Kennst man die besten Namen, so wird der seine — leider sehr oft vergessen. (Aber noch keine.) Der Komponist der „Tragica“, der D-dur-Serenade, des Streichquartetts in F-dur, so vieler herrlicher Lieder und Vokalstücken ist zu Recht in den Hintergrund gedrängt worden. Ehre dem Planisten, der er ja am Vortage den Namen des toten Meisters ein so pietätvolles Opfer brachte! — D. H.

**Kirchen-Konzert.** (Wahms' „Deutsches Requiem“.) Es war nur zu begrüßen, daß Meister Bombaur dieses tiefgründige, aus urdeutschem Geiste erwachsene Werk, das er zuletzt im Jahre 1919 (31. Mai) am gleichen Orte (Dreifaltigkeitskirche) zur Aufführung brachte, jetzt wiederholte. Der Ernst der Worte der Heiligen Schrift, die sein Schöpfer wählte und zusammenstellte, der Hinweis auf die Nichtigkeit und Vergänglichkeit alles irdischen Seins der meisten dem Alten Testament entnommenen Stellen im Verein mit dem milden vernehmenden Geist der dem Neuen Testament entnommenen, lassen uns nun Wahms' dem Andenken seiner Mutter gewidmetes Werk wie geschaffen erscheinen für die Zeit, in der wir leben. Wie und nun die Natur in zu Ende gehenden Jahre das Bild des Vergehens vor uns führte, so leuchtet uns die schwere Not der Zeit, in der wir leben, aber das Irdische hinaus den Blick richten auf die Güter, die von dem Menschen als die unentwerrbaren zu bemerken sind. Kurz, Wahms' tiefere Werk mußte eine zur Andacht stimmende Höflichkeit finden, und es wirkte sich auch dank einer schönen, wohlgeklungenen Aufführung künstlerisch harmonisch aus. Stehen doch Bombaur im Symphonie-Chor und der Staatskapelle allein schon im rein klavierlichen hervorragende Mittel zur Verfügung. Aber auch die beiden Solisten sind lobend zu nennen: Biele u. Schuch und Robert Burg. — D. C.

Morges bei Paulanne geboren worden ist, war Schüler von Seeger in Darmstadt und von Gube in Düsseldorf. Von 1882 an war er Lehrer an der Berliner Kunstakademie und von 1902 an Lehrer an der Akademie der bildenden Künste in Dresden. Eine eingehende Würdigung des Künstlers an dieser Stelle wird morgen folgen.

**Wissenschaft und Technik.** Prof. Dr. theol. Gottfried Raumann, der von der Universität Straßburg von den Franzosen vertriebene bekannte Sozialpolitiker und Erbennarrator der praktischen Theologie ist in Lebenwald bei Freudenstadt im Schwarzwald gestorben. Der Verstorbene hatte in Leipzig geistliche Aufnahme an der Universität gefunden, wo er Vorlesungen über sozialpolitisch-religiöse Probleme hielt. In Leipzig wirkte er außerdem als Pfarrer an der Johanniskirche und erstrahlte sich als Kanzelredner großer Beliebtheit.

**Bildende Kunst.** Die Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens veranlaßt aus Anlaß der Vollendung des 60. Jahres ihres Bestandes im Künstlerhaufe eine Jubiläumsausstellung, die vom 20. November d. J. bis 8. Januar 1. J. dauern wird. Bei derselben ist die Beteiligung von Ehrenpreisen geplant. An die Ausstellung wird sich eine rückbildende Abteilung anschließen, die in der Dekade 1912 bis 1921 geschaffene Werke aller Kunstgattungen lebender und verstorbener Mitglieder der Genossenschaft bildender Künstler Wiens enthält.

† Der belgische Maler Fernand Khnopff ist, 63 Jahre alt, in Brüssel gestorben. Er war einer der Führer der idealistischen Richtung der modernen belgischen Malerei. Seine Jugend verlebte er in Brügge, der „Toten Stadt“. Daran entwickelte sich bei ihm eine gewisse Vorliebe für das Mittelalterliche. Er ging später nach Paris und London, und dort findet man seinen modernen Zug in seinen Gemälden, deren fast durchsichtige Malweise den Eindruck des Verblühenen macht.

Frankreich ist, seinzeit zur Verhandlung kommt und wenn sich die Welt über die Stellungnahme Frankreichs unterrichtet haben wird, dann, ich bin dessen sicher, wird sie gerechterweise anerkennen, daß Frankreich nur ein ausreichendes Heer aufrechterhält und keine Hintergedanken hat.

England und die Abrüstung zur See.

Nach einer vom „Temp“ veröffentlichten Meldung aus Washington erklärt man dort, Großbritannien werde der Herabsetzung der Seerüstungen erst endgültig zustimmen, nachdem die Konferenz nicht nur die Entwaffnung der Vereinigten Staaten von Amerika und Japan, sondern auch die von Frankreich und Italien geregelt habe. Es sei auch nicht unmöglich, daß die Frage der Abrüstung zu Lande mit der Frage der Abrüstung zur See verbunden werde. Endlich werde erklärt, die Zustimmung der englischen Regierung werde vielleicht untergeordnet werden der Regelung der Fragen im fernem Osten.

Die großen englischen Rüstungskonzerne.

Der Parlamentsberichterstatter der „Daily News“ schreibt, die großen englischen Rüstungskonzerne seien über die Vorschläge auf der Washingtoner Konferenz, die ihre Interessen berührten, sehr beunruhigt. Die „Morning Post“ berichtet, daß von einem großen Sturz in Rüstungsfaktoren, und zwar der Aktien von Eisen- und Stahlwerken abgesehen, die amerikanischen Vorschläge keinerlei Einfluß auf die englische Effektenbörse hätten. Die City sei der Meinung, daß es verfrüht wäre, einem am ersten Tage der Konferenz unterbreiteten Vorschlag zu große Bedeutung beizumessen. Sie sei außerdem der Meinung, daß Großbritannien die Frage der Verteilung nicht nur von dem Standpunkte der britischen Inseln, sondern auch vom Standpunkte des gesamten britischen Reiches aus betrachten müsse.

Japan und die amerikanischen Vorschläge.

Nach einer Neutermedung aus Tokio stimmt die japanische Presse den Vorschlägen des Staatssekretärs Hughes auf eine Rüstungspause herzlich zu. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ in Washington telegraphiert seinem Blatt, daß nicht nur die britische, sondern auch die japanische Delegation grundsätzlich dem amerikanischen Vorschlag über die Verminderung der Seerüstungen zustimmen werde.

Die „Times“ dagegen berichtet aus Tokio, daß es in den japanischen Gegenanschlägen, die an die japanische Delegation in Washington despektiert worden sind, heißt: Japan wird durch die Vorschläge des Staatssekretärs Hughes benachteiligt. Japan erhebt die Forderung, daß die Zahl der ihm verbleibenden Großkampfschiffe von zehn auf zwölf zu erhöhen. Nach der „Daily Mail“ würden nach Ansicht japanischer Marinekreise die Hughes'schen Vorschläge nur den amerikanischen Ansprüchen gerecht. Japan könne diesen sicherlichen Vorschlägen nicht beistimmen.

Die Stellung der japanischen Delegation.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird die japanische Delegation sich mit der Einschränkung der japanischen Flotte auf zehn große Schiffe einverstanden erklären, jedoch eine entsprechende Herabsetzung der englischen und amerikanischen Flottenstärke verlangen.

Furcht Japans vor Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisvertrags.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post“ meldet, daß die Japaner befürchteten, die Vereinigten Staaten würden an Großbritannien und Japan die Aufforderung richten, ihren Bündnisvertrag aufzugeben.

Die Abrüstung zu Lande.

Der Sonderberichterstatter des „Intransigent“ in Washington will wissen, daß die Einbringung eines Vorschlags für die Abrüstung zu Lande entweder von englischer oder von italienischer Seite unmittelbar bevorstehe. Briand habe sich gestern abend mit der englischen Delegation besprochen. Im Laufe der bevorstehenden Erörterung werde vielleicht Polen wegen seiner 300 000 Mann starken Armee Schikanen ausgeübt sein. Italien mit seinen 280 000 Mann werde vielleicht mit Rücksicht auf seine Bevölkerungsziffer eine Einschränkung vornehmen. Was Frankreich anlangt, so werde es vor der Konferenz den Beweis dafür liefern, daß Rußland heute 1 600 000 Mann mit 500 000 Bajonetten und starker Kavallerie unter Waffen habe und morgen 12 Millionen Menschen mobil machen könne. Die französische Delegation werde ferner auseinanderlegen, daß Deutschland einen Grundstock von 250 000 Mann besitze und ohne weiteres 7 Millionen Soldaten mit samt den nötigen Gewehren, Maschinen und Flugzeugen aufbringen könne (!) Die französische Delegation werde auch klagen, daß England mit den Dominions ein Heer von 700 000 Mann habe. Es müsse also Frankreich mit seinen Kolonien gestattet sein, 657 000 Mann (bied wird nach dem Berichterstatter die französische Heeresstärke Ende 1921 sein) zu unterhalten, davon 300 000 Mann im Landesinnern. Beim Waffenstillstand hätte Frankreich 4 780 000 Soldaten gehabt. Wirksame Garantien vorausgesetzt, so werde die französische Delegation sagen, werde Frankreich gerne seine Armee noch mehr einschränken.

Einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington zufolge verlautet dort, daß die italienische und englische Delegation beabsichtigen, die Abrüstungsfrage als wichtigsten Punkt möglichst bald zur Sprache zu bringen. Der Plan

der englischen Delegation beziehe sich auch auf die polnische Armee. Italien werde u. a. verlangen, daß die französische Armee in annähernd demselben Maße, wie die italienische, verkleinert werde.

Die Probleme des fernem Ostens.

Einer Washingtoner Exchange-Meldung zufolge hielten die Mitglieder der Konferenz Mittwoch nachmittag eine geheime Sitzung über die Probleme des fernem Ostens ab. Es herrschte der Eindruck vor, daß ein Bruch angewendet werde, um Fragen zur Sprache zu bringen, die das Programm der Konferenz bisher nicht umfaßt. Staatssekretär Hughes habe jedoch bisher nicht die geringste Neigung gezeigt, den Umfang der Konferenzverhandlungen weiter auszudehnen, als ursprünglich beabsichtigt war. Persönlichkeiten, die in enger Fühlung mit der britischen Delegation stehen, seien der Ansicht, daß Großbritannien das englisch-japanische Bündnis nicht aufgeben werde, wenn die Washingtoner Konferenz nicht einen befriedigenden Erfolg dafür biete, der in einem Abereinkommen bestünde, das die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Japan und vielleicht auch China einschloße.

In der ersten Sitzung des Ausschusses für den fernem Osten und den Stillen Ozean betonte der Vertreter Chinas die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der offenen Tür in China und der Abschaffung der Geheimverträge über China. Wie versichert wird, hat er die Schantungfrage nicht erwähnt, ebensowenig die ausländischen Konzessionen in China. An die Erklärung des Vertreters Chinas schloß sich eine allgemeine Aussprache. Von japanischer Seite erfolgte keine Rückäußerung.

Die „Agence Havas“ verbreitet aus Washington eine Äußerung der „New York Times“, nach der Japan in der Frage des Stillen Ozeans die Herausziehung der japanischen Truppen aus Kiautschow auf einer für Amerika und England annehmbaren Grundlage vorschlagen werde. China seinerseits werde verlangen, daß die britischen Streitkräfte aus Weihwei zurückgezogen werden. Man werde folgenden Grundsatze vorschlagen: Weder Amerigo noch Protektorat, aber Anerkennung der besonderen japanischen Interessen in der Mandchurei und Anerkennung des Grundgesetzes der friedlichen Durchdringung Sibiriens zu Handelszwecken.

Handelsvertrag zwischen Deutschland und Südslawien.

Gratz, 16. November. Die „Tagespost“ meldet aus Belgrad: Das ministerielle Komitee für wirtschaftliche und finanzielle Fragen beriet heute über die Vorlage eines Handelsvertrages zwischen Südslawien und Deutschland. Der materielle Teil des Vertrages wurde angenommen, während der politische dem Ministerium des Innern zur Einsicht gegeben wurde.

Die tschechische Außenpolitik.

Prag, 16. November. Im Abgeordnetenhause gab Ministerpräsident und Minister des Äußeren Beneš eine Darlegung über die Entwicklung der Ereignisse in der letzten Zeit. Der Ministerpräsident betonte, weder die Tschecho-Slowakei noch die kleine Entente habe der ungarischen Regierung ein Ultimatum unmittelbar überreicht. Es sei zu erwarten, daß die Königsfrage in Ungarn in der Zukunft in gutem Einvernehmen und Übereinstimmung mit allen Beteiligten gelöst werden könne. Die Lösung der Gesamtheit der Pödburger Frage werde eine ruhige Entwicklung der politischen Verhältnisse in Ungarn ermöglichen. Der Ministerpräsident betonte ferner, daß die tschechisch-polnischen Verträge, der ein aufbauendes Ziel verfolgten. Das Verhältnis der Tschechei zu Deutschland, sagte der Ministerpräsident, war von allem Anfang an offen und unzweideutig. Deutschland ist unser größter Nachbar, wirtschaftlich sind wir aufeinander geradezu angewiesen. Unsere historischen Beziehungen waren zahlreich und von selbst gegeben. So wie mit anderen Mächten wünschten wir auch mit Deutschland ein unabhängiges, vernünftiges und freundschaftliches Verhältnis. Es ist natürlich, daß dieses Verhältnis fest auch durch unsere engen Beziehungen zum Westen und zum Osten und durch das Verhältnis des Westens und Ostens zu Deutschland selbst bestimmt wird. Darum drückten wir dies durch die Formel aus, daß wir uns in korrekten und lokalen Beziehungen befinden. Die heutige Lage Deutschlands, besonders die wirtschaftliche, die allseitig schwer ist und lange Jahre nicht beseitigt werden wird, zeigt, daß Deutschland selbst ohne eine schnelle Verständigung, besonders mit Westeuropa und vor allem mit seinem hauptsächlichsten Nachbar, mit Frankreich, nicht leben kann. Über den Standpunkt in der oberösterreichischen Frage sagte der Ministerpräsident:

Wir haben keine Ursache, in dieser oder jener Angelegenheit gegen Deutschland vorweg Stellung zu nehmen. Wir sind aber dafür, die Friedensverträge, die von uns allen unterzeichnet wurden, geltend zu machen. Wir wollen niemandem schaden, auch nicht Deutschland. Unser Ziel ist die wirtschaftliche Politik des Friedens und der Befriedigung Europas. In Sachen Oberschlesien verteidige ich ausdrücklich den Standpunkt der Friedensverträge. Das habe ich auch in Genf betont. Nachdem bei mir um einen Sachverhandlung in der oberösterreichischen Frage nachgesucht worden war, laudte ich nach Genf drei unserer hervorragenden Volkswirtschaftler, die von der Grenzbestimmung keine Kenntnis hatten, in dieser Sache auch nicht arbeiteten und von ihr erst erfuhr, als die Entscheidung des Völkervertrages Deutschland und Polen bereits bekanntgegeben war. Der Welt

zu erzählen, daß wir dieses aber jensei dabei erreichen wollten, vielleicht sogar territorial, ist lächerlich und äußerst illoyal. Wir sind kein Werkzeug einer fremden Politik und werden es auch nicht sein. Wir haben ein eigenes Programm und unsere eigenen Interessen.“

Die Befestigung des Burgenlandes.

Wien, 16. November. Die österreichische Regierung hat den Verhandlungspunkt in der Frage der Volksabstimmung in Odenburg und Umgebung mitgeteilt. Sie hofft schon in den nächsten Tagen das entsprechende Plebiszitreglement zu erhalten. Sodann wird die österreichische Regierung das Senedim Protokoll, ergänzt durch die Vorschriften über das Plebiszit, dem Nationalrat zur Genehmigung vorlegen. In der Zwischenzeit schreiten die Befestigung des Burgenlandes mit Ausnahme des Abstimmungsgebietes und die Übernahme des Landes in österreichische Verwaltung ohne Hemmung fort.

Die albanische Frage.

Paris, 16. November. Nach der „Chicago Tribune“ haben der griechische Ministerpräsident Sunaris und der Minister des Äußeren Baltazzi darum ersucht, bei der Erörterung der albanischen Frage vom Völkervertrage abgesehen zu werden.

Das neue französische Heeresgesetz.

Paris, 16. November. Der Heeresauschuss der Kammer beauftragte seinen Berichterstatter General Castelnau, beim Kriegsminister Barthou anzufordern, wann das neue Heeresgesetz erörtert werden würde. Wie die Morgenblätter melden, hat der Kriegsminister gestern in der Kammer erklärt, die Erörterung könne erst erfolgen, nachdem die Washingtoner Konferenz geschlossen sei, da man auf die dort zu treffende Entscheidung Rücksicht nehmen müsse.

Verringerung der Zahl der Beamten in Frankreich.

Paris, 16. November. Der Finanzausschuss der Kammer hat eine vom Abgeordneten Daras zum Finanzgesetz beantragte Abänderung, die dahin geht, für 1922 die Zahl der Beamten um 50 000 zu ermäßigen, einstimmig angenommen. Seit 1914 ist die Zahl der Beamten um 140 000 erhöht worden.

Das französisch-türkische Abkommen von Angora.

Paris, 16. November. Die „Chicago Tribune“ mittels, wird der französische Botschafter in London morgen die französische Antwort auf das englische Memorandum zum französisch-türkischen Abkommen von Angora nach London überbringen. Die Antwort ist in Washington vom dem Ministerpräsidenten Briand und dem Generalsekretär im Ministerium des Äußeren Werhelot abgefaßt worden.

Die Anerkennung der irischen Republik.

Paris, 16. November. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Baton Rouge (Louisiana) hat das Staatsparlament von Louisiana mit 58 gegen 51 Stimmen beschlossen, vom Präsidenten Harding die Anerkennung der irischen Republik zu verlangen.

Der Schneiderstreik in New York.

Paris, 16. November. Nach einer Havas-Meldung aus New York wendet sich der Streik der 60 000 Schneider gegen die Städtarbit. Nach einer Londoner Meldung des „Pelt Journal“ besteht die Absicht, den in New York ausgebrochenen Schneiderstreik auf Philadelphia und Chicago auszudehnen.

Vom Landtage.

Stellvertretender Präsident Dr. Wagner eröffnete die heutige Sitzung, der von der Regierung Ministerpräsident Buch, Minister Lipinski, Fleißner, Jädel und Dr. Feigert beizwohnten, mit der Bemerkung, daß der nachträglich auf die heutige Tagesordnung gesetzte Antrag der Abg. Hofmann (Deutschnat.), Wäber (Dtsh. Sp.), Sehfert (Dem.), Heßlein (Bmt. [Vtr. Sp.] und Gen. auf Herbeiführung eines Reichstages gegen die Minister Lipinski, Fleißner und Jädel im Sinne von Art. 27 Abs. 2 der Verfassung (Verlagung des Vertrauens) nach den Bestimmungen der Verfassung an erster Stelle zu beraten sei. Abg. Müller-Leipzig (Unabh.) erhob dagegen Einspruch, daß dieser Antrag auf Herbeiführung eines Vertrauensvotums gegen die unabhängigen Minister als erster Punkt der Tagesordnung behandelt werde, da der Antrag ja erst nachträglich auf die Tagesordnung gekommen sei. Abg. Fröhdorf wies darauf hin, daß das die Verfassung vorschreibe, worauf Abg. Müller-Leipzig seinen Widerspruch zurückzog und Abg. Veutter (Deutschnat.) bei Schluss der Redaktion den Antrag eingehend begründete. Wir werden über den weiteren Verlauf ausführlich in der morgigen Landtagsbeilage berichten.

Beim Landtage ist folgende Anfrage des Abg. Grellmann (Deutschnat.) eingegangen (Drucksache 422):

Am 23. Oktober 1921 kam es infolge einer unerhörten Provokation rechtsgerichteter Kreise durch sozialistische Arbeiterjugend, die sich ohne Anmeldung zu einer Gegenemonstration gegen eine festliche Veranstaltung des Jungmänner- und Männervereins zusammengesunden hatte, in Waldenburg zu Zusammenstößen, wobei ein

junger Oberschlesier mißhandelt und gezwungen wurde, dem sozialistischen Juge die rote Fahne voranzutragen und während einer Heerde auf dem Markte zu halten. Willigt die Regierung diese Provokation? Willigt die Regierung das Verhalten der Waldenburger Polizei und des Bürgermeisters? Was ist gegen die Schuldigen getan worden? Welche Maßnahmen hat die Regierung getroffen, um künftig auch Veranlassungen rechtsgerichteter Kreise nachdrücklich zu schärfen?

Ferner hat der Abg. Weutter (Deutschnat.) folgende kurze Anfrage (Druck. 423) gestellt: Art. 24 der „Vollzeitung für Südwestfalen“ brachte einen Artikel mit der Überschrift: „Der Gipfel. Was sich die Birne ereignet.“ Dieser lautet: „Aus Dresden wird gemeldet, daß die Dresdener Staatsanwaltschaft gegen den sächsischen Richter Fleißner ein Verfahren wegen „Aufreizung zur Gewalt“ eingeleitet hat. Fleißner soll in einer Volksversammlung die Rede von der Redewendung gebraucht haben, die von den richterlichen Subaltern der Reichspräsidenten so gedeutet wird, als wolle die U.S.B. unter Umständen auch zu dem Mittel der Gewalt greifen, das von den Schwarzweißrotten mit so heiligem Eifer gepriesen und unter dem Beifall des größten Teils unserer Richter mit verbrecherischen Methoden angewendet wird. Über die deutsche Justiz kann sich niemand mehr wundern. Höchstens die bodenlose Unerschämtheit, mit der diese Richter die Arbeiterklasse provozieren, ragt noch aus dem Schmutzstempel der deutschen Rechtsprechung auf.“

Der Artikel macht also die sächsischen Organe der Justiz, demnach eine verfassungsmäßige Einrichtung des Staats, in einer den inneren Frieden des Staats gefährdenden Weise verächtlich. (§ 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August des. 28. Sept. 1921.)

Kußerdem enthält er eine schwere Beleidigung der Ehre der sächsischen Richter. Das Justizministerium als oberste Dienstbehörde der sächsischen Richter hat nicht an letzter Stelle auch die Aufgabe, die ihr unterstellten Richter und Staatsanwälte vor Angriffen auf ihre Ehre zu schützen.

- 1. Weshalb ist jene Zeitung nicht auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten verboten worden?
2. Weshalb hat das Justizministerium wegen dieser schweren Beleidigung von ihm unterstellten Beamten nicht nach § 196 Str. O. V. Strafantrag gestellt?
3. Hat das Justizministerium die Staatsanwaltschaft angewiesen, von einem Vorgehen gegen diese Zeitung als inopportun abzuhehen? Wenn „ja“, welche Gründe sind dafür maßgebend gewesen?

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 17. November.

\* Zu dem von der Interalliierten Kommission gestellten Verlangen nach Durchsicht der den Koffertop-Werten in Heide nau teilt das Polizeipräsidium noch folgendes mit: Auf Grund der gestrigen Verhandlungen mit der Fabrikleitung ist am Dienstag die Besichtigung durch die Interalliierte Kommission im Beisein mehrerer Polizeibeamter in der von der Kommission gewünschten Richtung vorgenommen worden. Die Besichtigung selbst verlief ohne Zwischenfall, führte aber im Hauptpunkt zu keinem Ergebnis. Das Verlangen der Kommission, eine Ziegelmauer an einer Stelle durchstossen zu lassen, wurde von der Fabrikleitung und der Arbeiterchaft abgelehnt. Beide erklärten, auch fremden Arbeitern zwecks Ausführung dieser Arbeit den Zutritt nicht gestatten zu wollen. Unter diesen Umständen erklärte die Interalliierte Kommission, sich wieder entfernen zu müssen. Die Besichtigung einiger anderer Räume nach verborgenen Waffen um. verlief ergebnislos.

\* Zu dem Raubüberfall am 8. v. R. abends auf die Schankwirtin Bergmann im Braußel, Klebergasse 1, sind durch die Kriminalpolizei mit Hilfe der Sicherheitspolizei die Täter, der Schlosser-gehilfe Sch., der Arbeiter M., der Goldschmied R., die Handlungsgehilfen R. und P. und der Arbeiter F., ermittelt und festgenommen worden. Sie haben auch den Einbruch am 8. November im Burghotel in Loschwitz ausgeführt. Personen, die von den Einbrechern Sachen geklaut haben, werden ersucht, sich umgehend bei der Kriminalpolizei zu melden.

\* Aus Wien kündigt ist seit 31. Oktober drei am 20. Dezember 1900 dort geborene Kaufmann Siegfried Heib. Er entlockte einer dortigen Bank mittels eines gefälschten ungedruckten Schecks 436 830 Kronen. Heib ist mittelgroß, schlank, hat dunkles Haar, englisch geknüpften Schnurrbart und war zuletzt mit grünem Anzug, dunklem Überrock und grauem Hut bekleidet. Er verwandte zu der Fälschung sein eigenes Scheckbuch Nr. 4760 der Anglo-Bank. Um seine Festnahme wird gebeten.

\* Vom Arbeitsausschuss der Ausstellung für Kunst und Gewerbe, März 1922, an dessen Spitze Carl Hoppel steht, und der im Hotel „Goldener Engel“ eine Geschäftsstelle eingerichtet hat, ist Direktor Monnefeld (Hotel „Belvedere“) zum Ehrenvorsitzenden und ersten Vorsitzenden der gesamten Leitung gewählt worden. An der Ausstellung beteiligen sich der Verein der Hotelbesitzer, die Gastwirte-Jungung und der Verein der Köche. Sie wird sechs Gruppen umfassen, Gruppe 1 bis 3: Kafetereien, Obst, Süßkräuter, Bäckerei und Konditorei; Gruppe 4 bis 5: Juweliers; Gruppe 6: Gemäße usw. Der Ausschuss arbeitet bereits sehr ege an der Ausgestaltung der Ausstellung, die im Städtischen Ausstellungspalast stattfinden wird. Einem Ehrenauschuss gehören u. a. die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden an.



Amtlicher Teil.

Öffentliche Sitzung des Kreisaußschusses zu Dresden...

Auf Blatt 1090 des Handelsregisters, die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt...

Auf Blatt 37 des hiesigen Handelsregisters, betr. die Firma Karl Friedrichs Nachf. Joh. W. Schmidt...

In das Handelsregister ist eingetragen worden am 8. November 1921:

1. auf Blatt 7514, betr. die offene Handelsgesellschaft in Firma Spielwaren-Industrie Winkler u. Hofmann...

2. auf Blatt 7353, betr. die Firma Gesellschaft Sächsischer Spinnereien mit beschränkter Haftung...

3. auf Blatt 7972, betr. die Firma Emil Uhlmann Aktiengesellschaft in Chemnitz...

4. auf Blatt 8045, betr. die offene Handelsgesellschaft in Firma Johannes Kohnen in Chemnitz...

5. auf Blatt 8224, betr. die Firma W. Ferd. Klingenberg Söhne, Gesellschaft mit beschränkter Haftung...

6. auf Blatt 7641, betr. die offene Handelsgesellschaft in Firma Bachmeier & Jähn Jüttele Chemnitz...

7. auf Blatt 8307 die Kommanditgesellschaft in Firma G. Bachmeier & Co. in Chemnitz...

8. auf Blatt 8308 die Firma Paul Franke in Chemnitz...

Inhaber ist der Kaufmann Paul Franke in Köln a. Rh. (Kommissionsgeschäft in Garnen)...

9. auf Blatt 8309 die Firma Graf Franke in Chemnitz...

10. auf Blatt 8310 die Firma Arno Wette in Chemnitz...

11. auf Blatt 8311 die Firma Julius Sommerfeld in Chemnitz...

12. auf Blatt 8312 die Firma Willy A. Schulz in Chemnitz...

13. auf Blatt 8313 die Firma Stadtpart-Apotheke Arno Fischer in Chemnitz...

14. auf Blatt 8314 die Firma Wehrte & Co. in Chemnitz...

15. auf Blatt 8315 die offene Handelsgesellschaft in Firma Benda, Wacker & Co. in Chemnitz...

Auf Blatt 790 des Handelsregisters, die Firma Mechanische Wollweber- und Spinnerei Grimmitzschau...

Die bisher im Grundbuche nicht eingetragenen, zum Teil neu gebildeten Wegestücke...

1. Blatt 721, Flurstück Nr. 66c, nach dem Flurstück 4,5 Nr. groß, auf 8100 M. geschätzt...

2. Blatt 727, Flurstück Nr. 66y, nach dem Flurstück 5,9 Nr. groß, auf 7670 M. geschätzt...

Die Grundstücke bilden Hausland und liegen in Dresden, Vorstadt Brunn...

Da lebte in Rita nur ein Wille auf, dem sie wie in einem inneren Zwange gehorchen mußte...

Die Berge liefen. Und schon sprach sie mit jener scharfen Stimme auf Paul Bonomi ein...

Und neben ihr sprach Paul Bonomi irgendetwas Gleichgültiges. Ihre Augen starrten nur in die Richtung, in der er stand...

Die Berge liefen. Und schon sprach sie mit jener scharfen Stimme auf Paul Bonomi ein...

Und neben ihr sprach Paul Bonomi irgendetwas Gleichgültiges. Ihre Augen starrten nur in die Richtung, in der er stand...

Die Berge liefen. Und schon sprach sie mit jener scharfen Stimme auf Paul Bonomi ein...

Und neben ihr sprach Paul Bonomi irgendetwas Gleichgültiges. Ihre Augen starrten nur in die Richtung, in der er stand...

Die Berge liefen. Und schon sprach sie mit jener scharfen Stimme auf Paul Bonomi ein...

Und neben ihr sprach Paul Bonomi irgendetwas Gleichgültiges. Ihre Augen starrten nur in die Richtung, in der er stand...

Auf Blatt 16770 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft „Rafiro“ Strougal & Hecker...

a) den Großhandel mit chemisch-technischen Erzeugnissen, technischen Olen, Fetten und dergl., b) die Ausnutzung des Patents für die längspindellose Hobelbank...

Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Karl Strougal in Dresden.

1. Handlungsgeschäften lt. Jrv. vom 1.1.1921 9505.— M. Zugänge 600.—

2. Warenvorräte lt. bef. Verzeichnisses 18772.50 M. 3. Bankausgaben 777.40

4. Postschuldgebühren 1449.81 5. Kassenbestand 1620.99

6. Forderungen lt. bef. Verzeichnisses 53350.35 91076.05 M. Schulden lt. bef. Verzeichnisses 66742.85

Vermögensbestand 24333.20 M. Das Geschäft hat nach Aufweis dieser für den 1. Oktober 1921 ausgefallenen Bilanz einen Sachwert von 24333 M. 20 Pf., zu dem noch der Ruhestückposten im angenommenen Werte von etwa 10000 M. kommt...

1. Oktober 1921 ausgefallenen Bilanz einen Sachwert von 24333 M. 20 Pf., zu dem noch der Ruhestückposten im angenommenen Werte von etwa 10000 M. kommt...

folgende im Grundbuche für Gruna auf den Namen des Eugen Salzmann eingetragenen Grundstücke sollen Donnerstag, am 26. Januar 1922, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle...

1. Blatt 721, Flurstück Nr. 66c, nach dem Flurstück 4,5 Nr. groß, auf 8100 M. geschätzt; 2. Blatt 727, Flurstück Nr. 66y, nach dem Flurstück 5,9 Nr. groß, auf 7670 M. geschätzt...

Die Grundstücke bilden Hausland und liegen in Dresden, Vorstadt Brunn, das unter 1 an der Zwangsauflage neben dem Hausgrundstücke Zwangsstraße 10, das unter 2 nahe dem Grundstücke unter 1...

Die Einsicht der Ritzteilungen des Grundbuchs sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. (Zimmer 120.)

Rechte aus Verpfändungen aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 7. September 1921 verlautbarten Verpfändungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Verpfändungsstermine vor der Weg Sie doch noch einmal hinaufführen müßte!

„Ich komme gleich; vielleicht sehr bald schon, morgen oder übermorgen.“ Sein Kopf neigte sich wie in Zustimmung.

„Wenn es auch sein wird, die Berge warten auf jeden der ihren, und nie ist es zu spät...“ Die letzten Worte wurden ganz leise, mehr flüsternd gesprochen...

„Wer mochte dieser sein, daß ihm Rita in solcher Vertraulichkeit entgegengekommen war? Er konnte doch schon so lange alle Gesellschaftskreise, in denen Frau Stella mit Rita verkehrte...“

„Wer mochte dieser sein, daß ihm Rita in solcher Vertraulichkeit entgegengekommen war? Er konnte doch schon so lange alle Gesellschaftskreise, in denen Frau Stella mit Rita verkehrte...“

„Wer mochte dieser sein, daß ihm Rita in solcher Vertraulichkeit entgegengekommen war? Er konnte doch schon so lange alle Gesellschaftskreise, in denen Frau Stella mit Rita verkehrte...“

„Wer mochte dieser sein, daß ihm Rita in solcher Vertraulichkeit entgegengekommen war? Er konnte doch schon so lange alle Gesellschaftskreise, in denen Frau Stella mit Rita verkehrte...“

„Wer mochte dieser sein, daß ihm Rita in solcher Vertraulichkeit entgegengekommen war? Er konnte doch schon so lange alle Gesellschaftskreise, in denen Frau Stella mit Rita verkehrte...“

„Wer mochte dieser sein, daß ihm Rita in solcher Vertraulichkeit entgegengekommen war? Er konnte doch schon so lange alle Gesellschaftskreise, in denen Frau Stella mit Rita verkehrte...“

der Aufforderung zur Abgabe von Geboten für jedes Grundstück gefordert anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 15. Nov. 1921. In das Handelsregister ist heute auf Blatt 16771 die Gesellschaft Erich Mohr, Heide- und Holzglas-Großhandlung, vormals Eduard Konny Glas-Vertriebs-Büro Gesellschaft mit beschränkter Haftung...

Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Karl Strougal in Dresden.

1. Handlungsgeschäften lt. Jrv. vom 1.1.1921 9505.— M. Zugänge 600.—

2. Warenvorräte lt. bef. Verzeichnisses 18772.50 M. 3. Bankausgaben 777.40

4. Postschuldgebühren 1449.81 5. Kassenbestand 1620.99

6. Forderungen lt. bef. Verzeichnisses 53350.35 91076.05 M. Schulden lt. bef. Verzeichnisses 66742.85

Vermögensbestand 24333.20 M. Das Geschäft hat nach Aufweis dieser für den 1. Oktober 1921 ausgefallenen Bilanz einen Sachwert von 24333 M. 20 Pf., zu dem noch der Ruhestückposten im angenommenen Werte von etwa 10000 M. kommt...

1. Oktober 1921 ausgefallenen Bilanz einen Sachwert von 24333 M. 20 Pf., zu dem noch der Ruhestückposten im angenommenen Werte von etwa 10000 M. kommt...

folgende im Grundbuche für Gruna auf den Namen des Eugen Salzmann eingetragenen Grundstücke sollen Donnerstag, am 26. Januar 1922, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle...

1. Blatt 721, Flurstück Nr. 66c, nach dem Flurstück 4,5 Nr. groß, auf 8100 M. geschätzt; 2. Blatt 727, Flurstück Nr. 66y, nach dem Flurstück 5,9 Nr. groß, auf 7670 M. geschätzt...

Die Grundstücke bilden Hausland und liegen in Dresden, Vorstadt Brunn, das unter 1 an der Zwangsauflage neben dem Hausgrundstücke Zwangsstraße 10, das unter 2 nahe dem Grundstücke unter 1...

Die Einsicht der Ritzteilungen des Grundbuchs sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. (Zimmer 120.)

Rechte aus Verpfändungen aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 7. September 1921 verlautbarten Verpfändungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Verpfändungsstermine vor der Weg Sie doch noch einmal hinaufführen müßte!

„Ich komme gleich; vielleicht sehr bald schon, morgen oder übermorgen.“ Sein Kopf neigte sich wie in Zustimmung.

„Wenn es auch sein wird, die Berge warten auf jeden der ihren, und nie ist es zu spät...“ Die letzten Worte wurden ganz leise, mehr flüsternd gesprochen...

„Wer mochte dieser sein, daß ihm Rita in solcher Vertraulichkeit entgegengekommen war? Er konnte doch schon so lange alle Gesellschaftskreise, in denen Frau Stella mit Rita verkehrte...“

„Wer mochte dieser sein, daß ihm Rita in solcher Vertraulichkeit entgegengekommen war? Er konnte doch schon so lange alle Gesellschaftskreise, in denen Frau Stella mit Rita verkehrte...“

„Wer mochte dieser sein, daß ihm Rita in solcher Vertraulichkeit entgegengekommen war? Er konnte doch schon so lange alle Gesellschaftskreise, in denen Frau Stella mit Rita verkehrte...“

„Wer mochte dieser sein, daß ihm Rita in solcher Vertraulichkeit entgegengekommen war? Er konnte doch schon so lange alle Gesellschaftskreise, in denen Frau Stella mit Rita verkehrte...“

„Wer mochte dieser sein, daß ihm Rita in solcher Vertraulichkeit entgegengekommen war? Er konnte doch schon so lange alle Gesellschaftskreise, in denen Frau Stella mit Rita verkehrte...“

Der Einsiedler vom Schredhorn.

Hochgebirgsroman von R. V. Hohenstein.

(Fortsetzung zu Nr. 265.)

Da die Versuche Bonomis zu keinem Ergebnis führten, so schritten die beiden schließlich schweigend nebeneinander her, wobei jedes mit eigenen Gedanken beschäftigt war.

„Ihre Augen starrten nur in die Richtung, in der er stand. Es war, als sollten ihn diese zwingen, ihre Rufe zu hören. Und da wandte er wie zufällig den Kopf. Oder hatte sie ihn dazu gezwungen? Und seine Augen nahmen die Richtung auf sie, so sicher und so selbstverständlich, als hätte er nichts anderes erwartet.“

Die Berge liefen. Und schon sprach sie mit jener scharfen Stimme auf Paul Bonomi ein, die dieser bereits kannte, und mit der sie jedes Wort wie ein Befehl empfing.

„Ich komme gleich; vielleicht sehr bald schon, morgen oder übermorgen.“ Sein Kopf neigte sich wie in Zustimmung.

„Wenn es auch sein wird, die Berge warten auf jeden der ihren, und nie ist es zu spät...“ Die letzten Worte wurden ganz leise, mehr flüsternd gesprochen...

„Wer mochte dieser sein, daß ihm Rita in solcher Vertraulichkeit entgegengekommen war? Er konnte doch schon so lange alle Gesellschaftskreise, in denen Frau Stella mit Rita verkehrte...“

„Wer mochte dieser sein, daß ihm Rita in solcher Vertraulichkeit entgegengekommen war? Er konnte doch schon so lange alle Gesellschaftskreise, in denen Frau Stella mit Rita verkehrte...“

Herr Raibier darf die Gesellschaft nur in Gemein- schaft mit einem der beiden anderen Prokuristen vertreten. Herr Baumgarten darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit Herrn Raibier vertreten.

Die Vergütung für die Übernahme des unter der Firma Glasbüttenwerke Carlshof Gesell- schaft mit beschränkter Haftung in Liquidation in Carlshof betriebenen Unternehmens einschließlich Grundstücke ist auf die Stammeinlagen der Gesell- schafter 1. Camilla verehel. Oberforstmeisterin Schelde in Eibenstock in Höhe von 360 000 M., 2. Olga verm. Fleunberg geb. Schubert in Schönheide in Höhe von 240 000 M., 3. Ernst Friedrich, Fabrik- besitzer in Carlshof, in Höhe von 120 000 M. ver- rechnet worden.

Kantogeriht Eibenstock, den 8. November 1921.

Auf Blatt 723 des Handelsregisters, die Firma Glasbüttenwerke Carlshof Heinrich Müller in Eibenstock betr., ist heute eingetragen worden: Luise Jennette verehel. Professorin Tödel und Dr. phil. Johann Oswald Müller sind als Firmeninhaber für die Zeit der Verpachtung ausgeschlossen.

Kantogeriht Freiberg, am 15. November 1921.

Auf dem für die Firma Paul Schmalfuß In- dustrie-Werke-Gesellschaft in Hohenstein ge- führten Blatte 47 des Handelsregisters für den Landbezirk ist heute eingetragen worden: Die Firma lautet künftig: Paul Schmalfuß, Procura ist erteilt dem Kaufmann Friedrich Wilhelm Theodor Salentiner in Chemnitz.

Kantogeriht Glauchau, 14. November 1921.

Auf Blatt 95 des hiesigen Handelsregisters, die Gemeinnützige Baugesellschaft Gartenstein, Gesell- schaft mit beschränkter Haftung in Gartenstein betr., ist heute eingetragen worden: Der Gesellschafts- vertrag ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 19. Oktober 1921 laut Rotariatsprotokoll von demselben Tage abgeändert worden.

Kantogeriht Gartenstein, 15. November 1921.

Auf Blatt 7 des hiesigen Handelsregisters, betr. die Firma Richard Werner in Johannisgerosmühl, ist heute eingetragen worden: Die Firma ist er- loschen.

Kantogeriht Johannisgerosmühl, 12. Nov. 1921.

Auf Blatt 77 des Handelsregisters, die Chemische Fabrik von Pechen, Aktiengesellschaft in Waderow betr., ist heute eingetragen worden: Die außer- ordentliche Generalversammlung vom 2. November 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um vierzehn Millionen Mark in vierzehntausend Stück auf den Inhaber lautende Stammpapiere zu tausend Mark beschlossen, mithin auf zweiundvierzig Millionen Mark beschlossen. Diese Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt.

Der Gesellschaftsvertrag vom 15. Mai 1899 ist durch den gleichen Beschluß laut Rotariatsurkunde vom 2. November 1921 in § 8 geändert worden. Weiter ist bekanntgemacht, daß die neuen Aktien zum Kurse von 250 % ausgegeben werden.

Kantogeriht Rühlsendroba, 14. Nov. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 20632 die Firma Elisabeth Schulze in Leipzig (Rathhausstr. 13 u. Königplatz 7). Inhaber ist der Kaufmann Otto Richard Schulze in Leipzig, der das Handelsgeschäft samt der nicht eingetragenen Firma von seiner Ehefrau Elisabeth Schulze in Leipzig erworben hat.

2. auf Blatt 2682, betr. die Firma Weh & Ehlh in Leipzig: Georg Emil von Schmidt- Reichig ist — infolge Ablebens — als Gesellschafter ausgeschlossen.

3. auf Blatt 6455, betr. die Firma Eöhlische Margarine-Fabrik Paul Augustin in Leipzig: Die Procura des Franz Otto Wilhelm Böhse ist erloschen; 4. auf Blatt 9914, betr. die Firma Dr. Jünker & Co. in Leipzig: Ernst Richard Schneider ist als Inhaber ausgeschlossen. Der Kaufmann Josef Franz Heller in Troisdorben ist Inhaber. Er haßt nicht für die in dem Betriebe des Geschäfts entstandenen Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers, es gehen auch nicht die in dem Betriebe begründeten Forderungen auf ihn über;

5. auf Blatt 14031, betr. die Firma Gustav Peiß & Co. in Leipzig: Procura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Emil Peiß, dem Direktor Willy Hans Koch und dem Kaufmann Karl Walter Schumann, sämtlich in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Firma nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten;

6. auf Blatt 18086, betr. die Firma Mittel- deutsches Laboratorium Barth & Wipshel in Leipzig: Johannes Barth ist als Gesellschafter ausgeschlossen;

7. auf Blatt 19125, betr. die Firma Albert Schäfer & Co. in Böhly- Ehrenberg: Wilhelm Friedrich Johannes Barthmann ist als Gesellschafter ausgeschlossen;

8. auf Blatt 15360, betr. die Firma Metall-

leuder-Fabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Hans Erich Michael ist als Geschäfts- führer ausgeschlossen;

9. auf Blatt 18866, betr. die Firma Land- wirtschafts- und Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Roy Weber ist als Geschäfts- führer ausgeschlossen. Zum Geschäftsführer ist der Bankwirt Karl Paul Ötner in Leipzig bestellt;

10. auf Blatt 20888, betr. die Firma Poly- veredelung Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Der Gesellschaftsvertrag vom 11. Juni 1921 ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 27. September 1921 laut Rotariatsprotokoll vom gleichen Tage im § 1 abgeändert worden. Die Firma lautet künftig: Leipziger Polyveredelung- Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Kantogeriht Leipzig, Abt. II B, 14. Nov. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 20633 die Firma Friedrich Köhlin in Leipzig (Karlshofstraße 12). Der Kaufmann Carl Friedrich Eduard Köhlin in Leipzig ist Inhaber. In das Handelsregister ist eingetragen der Kaufmann August Hugo Ewald Kienens in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. Juni 1921 errichtet. (Angegebener Geschäftszweig: Handelsvertretungen in der Textilbranche);

2. auf Blatt 5611, betr. die Firma Gebr. Krimm in Leipzig: Die Vertretungsbeschränkung des Pro- kuristen Martin Karl Wilhelm Köhlin, nach der er die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten darf, ist weggefallen;

3. auf Blatt 5783, betr. die Firma Knape & Härt in Leipzig: In das Handelsregister ist ein- getreten der Kaufmann Alwin Wipper in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. September 1921 er- richtet;

4. auf Blatt 9234, betr. die Firma Leipziger Piano-Fabrik Gebr. Zimmermann Aktiengesell- schaft in Kötzau: Die Generalversammlung vom 20. Oktober 1921 hat die Erhöhung des Grund- kapitalis um fünfunderttausend Mark, in fünf- hundert Aktien zu je tausend Mark geschehen, mit- hin auf sieben Millionen Mark, beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 2. Oktober 1895 ist durch den gleichen Beschluß laut Rotariatsprotokoll vom 20. Oktober 1921 in den §§ 1, 11 und 24 abgeändert worden. Der Sitz der Gesellschaft ist nach Leipzig verlegt worden. Weiter wird noch bekanntgegeben: Die neuen Aktien lauten auf den Inhaber und werden zum Kurse von 200 % ausgegeben;

5. auf Blatt 12099, betr. die Firma Emil Heinrich Kahl in Leipzig: In das Handelsregister ist eingetragen der Kaufmann Carl Theodor Alfred Zangermann in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. Juli 1921 errichtet;

6. auf Blatt 18220, betr. die Firma J. Kaiser & Co. in Leipzig: Friedrich Karl Kaiser ist als Inhaber ausgeschlossen. Der Kaufmann Georg Wunder- lich in Leipzig ist Inhaber. Er haßt nicht für die im Betriebe des Geschäfts entstandenen Verbind- lichkeiten des bisherigen Inhabers, es gehen auch nicht die in dem Betriebe begründeten Forderungen auf ihn über;

7. auf Blatt 18560, betr. die Firma Kahle & Eley in Leipzig: Procura ist erteilt den Kaufleuten Wilhelm Bertau und Kurt Kauter, beide in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Ge- meinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten;

8. auf Blatt 18989, betr. die Firma Leipziger Geschäftsbau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Dr. jur. Curt Hofmann ist als Ge- schäftsführer ausgeschlossen. Die Procura der Dr. Paula Schirch und Hedwig Hamann ist erloschen;

9. auf Blatt 16116, betr. die Firma Robert Rinne in Leipzig: Die Firma ist erloschen.

Kantogeriht Leipzig, Abt. II B, 14. Nov. 1921.

Das im Grundbuche für Leipzig - Neustadt Blatt 543 auf den Namen des Privatmanns Wilhelm Anton Franz Simon in Leipzig ein- getragene Grundstück soll zur Aufhebung der Erben- gemeinschaft

Sonnabend, am 21. Januar 1922, vorm. 10 Uhr an der Gerichtsstelle, Peterssteinweg 8, II., Zim- mer 127, veräußert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 3,9 Ar groß, mit 1201,37 Steuerinschriften belegt und auf 97 650 M. geschätzt. Es wird aus dem Flurbuch 225 b gebildet, liegt in Leipzig-Neustadt, Mariannen- straße 1, besteht aus Wohnhaus mit Anbau und Garten und ist zur Brandasse unter 189 mit 44 800 M. eingeschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuch- amtes sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 15. Oktober 1921 verlaubbaren Versteigerungsver- trages aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Auf- forderung zur Abgabe von Geboten anzumelden

und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Ver- steigerung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Bestellung des Versteigerungsbeschlusses den in § 182 Z. 30. bezeichneten und den übrigen Rechten nachgeprüft werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Ausstellung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungsbietenden an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt.

Kantogeriht, Abt. II A 2, Leipzig, 14. Nov. 1921.

Das Konturverfahren über das Vermögen des Bauingenieurs Karl Friedrich Richter in Ober- wiesenthal wird auf Antrag des Gemeindefiskus eingestellt.

Kantogeriht Oberwiesenthal, 15. November 1921.

Auf Blatt 591 des Handelsregisters für den Landbezirk ist heute die Firma Georg Neumann Ingenieur, Dampfkei-Verfahrenbauwerk- zeugbauanstalt mit dem Sitze in Reichenau und als ihr Inhaber der Ingenieur Georg Viktor Neumann bestellt eingetragen worden.

Kantogeriht Reichenau, den 14. November 1921.

Auf Blatt 170 des Handelsregisters ist heute die Firma Kohlenbahn-Aktiengesellschaft in Reichenau eingetragen und weiter folgendes ver- lautbart worden:

Inhaber der Firma ist die Kohlenbahn-Aktiengesellschaft in Reichenau.

Der Gesellschaftsvertrag der Aktiengesellschaft ist am 30. April 1921 geschlossen und am 15. Oktober 1921 abgeändert worden. Gegenstand des Unter- nehmens ist der Bau und Betrieb einer Kohlen- bahn zwischen Reichenau und Seidenhof, sowie Bornahme aller Geschäfte, welche der Erleichterung der Kohlenförderung und Kohlenverteilung in der Gegend von Seidenhof und Reichenau dienen.

Das Grundkapital beträgt 1 200 000,00 M., in 1200 Aktien zu je 1000,00 M. je nachdem.

Zum einzigen Vorstandsmitglied ist der Diplo- mingenieur Albrecht Lindemann in Reichenau bestellt. Weiter wird noch folgendes bekanntgegeben:

Die Gesellschaft ist berechtigt, auch andere Unter- nehmen dieser oder ähnlicher Art zu erwerben, zu pachten und weiter zu betreiben oder sich an solchen zu beteiligen.

Die Aktien lauten auf den Inhaber. Ihre Aus- gabe darf nicht vor der vollen Leistung des Aus- gabepreises erfolgen. Die Ausgabe erfolgt zum Kurse von 110 %.

Der Vorstand besteht je nach der Bestimmung des Aufsichtsrates aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat das Recht der Ernennung und Abberufung der Vor- standsmitglieder sowie deren Stellvertreter. Über die Befehlsgewalt und Abberufung ist ein Protokoll zu führen.

Besetzt der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmit- glieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Ge- meinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Der Vorstand hat in der Weise zu zeichnen, daß die Zeichnenden zu der Firma der Gesellschaft ihre Namensunterschrift hinzufügen. In derselben Weise erfolgen die von dem Vorstände der Gesell- schaft ausgehenden Bekanntmachungen.

Die Berufung der Generalversammlung erfolgt durch den Aufsichtsrat oder Vorstand und zwar, sofern nicht im Gesetz Abweichendes bestimmt ist, durch einmalige Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger. Die Bekanntmachung erfolgt min- destens zwanzig Tage vor dem anberaumten Ter- min. Die Nichtbeachtung der Vorschriften über die Einberufung der Generalversammlung ist auf deren Beschlüsse ohne Einfluß, wenn sämtliche Aktien in der Generalversammlung vertreten sind. Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, welche ihre Aktien spätestens am zweiten Werktage vor der anberaum- ten Generalversammlung bei der Gesellschaftskasse, bei einer in der Bekanntmachung sonst bezeichneten Stelle oder bei einem Notar hinterlegt haben.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft sind wirksam, auch wenn sie nur im Deutschen Reichs- anzeiger erfolgen.

Der erste Aufsichtsrat besteht aus: Fabrikbesitzer Wilhelm Richter, Prokurist Georg Lindemann, Fabrikbesitzer Erich Reichig, sämtlich in Reichenau, und Rechtsanwält Dr. Friedrich August Weichert in Jitzau.

Gründer sind: Bergwerksbesitzer Josef Reichen- hain in Seidenhof, Fabrikbesitzer Karl Lindemann, Fabrikbesitzer Rudolf Reichig-Guthmann, Fabrik- besitzer Walter Wendler, Fabrikbesitzer Erwald Schwarzbach und Fabrikbesitzer Hermann Brenner, sämtlich in Reichenau.

Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsberichte des Vorstandes und des Auf- sichtsrates, kann bei dem unterzeichneten Gerichte Einsicht genommen werden.

Kantogeriht Reichenau, 10. Nov. 1921.

Auf dem die offene Handelsgesellschaft „Be- leuchtungs-Übersehbauwerk Gebr. Walthers & Jünger“ in Wurzen betreffenden Blatte 378 des hiesigen Handels- registers ist heute eingetragen worden: Der Jünger Karl Heinrich Walthers und der Kaufmann Paul Arthur Jünger, beide in Wurzen, sind ausgeschlossen. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Ernst Walthers in Wurzen führt das Handelsregisteramt unter der bisherigen Firma fort.

Kantogeriht Wurzen, den 11. November 1921.

In das hiesige Handelsregister ist heute ein- getragen worden:

1. auf Blatt 1144, betr. die Firma Karl Kampf in Jitzau: Die Firma ist erloschen;

2. auf Blatt 1263, betr. die Firma Trogen- berg Alfred Ahlemann in Jitzau: Die Firma lautet künftig: Lebergroßhandlung Alfred Ahlemann;

3. auf Blatt 1517 die Firma Kurt Gottschalk Mineralöle-Bezugs-Kohlenzweig-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jitzau. Der Gesell- schaftsvertrag ist am 22. Oktober 1921 ab geschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb chemisch-technischer, pharmazeutischer und kosmetischer Artikel, insbesondere der Betrieb von Ölen, Fetten, Benzin und Kohlenzweigwaren. Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Gesellschaft befugt, gleichwertige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen oder deren Beteiligung zu übernehmen. Die Gesellschaft kann auch Zweigniederlassungen errichten. Das Stammkapital beträgt zwanzigttausend Mark. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Kurt Gottschalk in Jitzau bestellt. Als nicht eingetragen wird be- kanntgegeben: Bekanntmachungen der Gesellschaft er- folgen durch den Deutschen Reichsanzeiger;

4. auf Blatt 1518 die Firma Robert W. Jünger & Co. mit dem Sitze in Witzendorf. Geschäftszweig: sind der Zigarettenfabrikant Robert Wilhelm Jünger in Witzendorf und der Kaufmann Johann Julius Paul Jünger in Jitzau. Die Gesellschaft hat am 1. November 1921 begonnen.

Kantogeriht Jitzau, den 14. November 1921.

Das Einlagebuch unserer Sparkasse Nr. 7104, auf Emma Meiser, Schmidt, lautet, ist in Be- rufung geraten. Wir fordern den ausweislichen Inhaber dieses Buches auf, seine Ansprüche bei deren Ver- lust innerhalb 3 Monaten bei unserer Sparkasse anzumelden.

Wilschowsbera, am 14. November 1921.

Der Rat der Stadt.

Bei der planmäßigen Auflösung Glauchau- Stadtschuldscheine sind gelöst worden:

von Anleihe 1895

Lit. A, Nr. 60 79 117 124 198 203 288 346 399 483 568 573 649 691 705 825 836 841 899 906 951 955 987 1038 1073 1093 zu 1000 M.

Lit. B, Nr. 1116 1117 1170 1293 1303 1359 1361 1377 1396 1507 1663 1725 1820 1844 1858 1863 1884 1927 1937 1940 1953 1964 1971 2052 2062 2087, zu 500 M.

von Anleihe 1903

Abt. A, Nr. 26 27 415 416 779 780 809 812 993 1317 1319 1320 1321 1322 1323 1593 1594 1595 1596 1598 1600 1601 1602 1603 1604 1605 1609 1612 1613 1614 1694 1939, zu 1000 M.

Abt. B, Nr. 2117 2210 2372 2385 2530 2591 2720 2939 2960 3011 3020 3022 3155 3212 3240 3301 3313 3338 3346 3354 3476 3477 3590 3596 3607 3660 3691 3702 3723 3841 3868 3888 3945, zu 500 M.

Die Rückzahlung der Kapitalbeträge erfolgt am 31. Dezember 1921 gegen Rückgabe der Schuld- verbriefung nebst den zugehörigen Zinscheinen der späteren Fälligkeitstermine in Berlin: bei der Direktion der Diskontogesellschaft, bei der Berliner Handelsgesellschaft und bei der Nationalbank für Teutschland;

Dresden: bei Herrn Gebrüder Arnold;

Leipzig: bei der Allgemeinen Deutschen Kreditbank;

Glauchau: bei der Allgemeinen Deutschen Kreditbank, Abt. Ferd. Heyne, bei der Glauchauer Bank, Zweiganstalt des Chemnitzer Bankvereins und bei der Stadtkassenscheine.

Mit dem 31. Dezember 1921 hört die Ver- zinsung der ausgelassenen Kapitalbeträge auf.

Von früher gelösten Schuldscheinen sind noch nicht zur Einlösung vorgelegt:

von Anleihe 1895: Lit. A, Nr. 139 345 381 523 542 545 566 609 770 783 999 1004,

von Anleihe 1895: Lit. B, Nr. 1179 1204 1485 1492 1493 1494 1868 2032,

von Anleihe 1903: Lit. A, Nr. 1040 1590 1743 1746

B. - 2317 2763 3175 3403 3985.

Glauchau, den 14. November 1921.

Der Stadtrat. Dr. Schimmel, Bürgermeister.

**Örtliche Angelegenheiten.**

Dresden, 17. November.

Das amtliche Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen steht noch nicht fest; die zuständigen Stellen arbeiten noch an den Zählungen und Berechnungen. Sicher ist, daß im vorläufigen Ergebnis Rechenfehler vorgekommen sind, die bei Prüfung der Eingänge aus den Wahlbezirken und bei Nachzählungen gefunden wurden. Das umfassende Rechnungswert muß also nochmals durchgeprüft werden. Nach vorliegender Berechnung beträgt die Stimmzahl der Wähler 137 636 und der Stimmen 139 065, so daß sich die 84 Stadtverordneten unter beide Gruppen so teilen, daß eine jede 42 Sitze erhalten würde. Mit Sicherheit läßt sich aber auch diese Verteilung der Sitze nicht aufstellen, weil eben die amtlichen Ergebnisse noch fehlen. Sollte sich wirklich das Verhältnis 42 : 42 ergeben, so würde wahrscheinlich bei Abstimmungen sehr oft Gleichheit ein- treten und dann die Stimme des Vorstehenden den Ausschlag geben. — Die öffentliche Zusammenkunft der Wahlresultate der diesjährigen Stadtverordnetenwahlen und der Wahlen der Mitglieder in die Verwaltungsausschüsse findet heute im Neuen Rathaus, 2. Obergesch., Zimmer 228, statt.

— Für den Bezug von Angelkarten auf das Jahr 1922 im Bereiche des II. Elbstrombezirks (linkes Ufer: von Flur Laubegast bis mit Flur Waidhof; rechtes Ufer: von Flur Postenweg bis mit Flur Sörenweg) werden persönliche Anmel- dungen bei der staatlichen Bauverwaltung, an der Frauenkirche 12, zum Zwecke der Vermerkung bis mit 23. November mittags von 9 bis 12 Uhr entgegengenommen.

— Der diesjährige Dresdner Christmarkt be- ginnt Sonnabend, den 17. Dezember, und endet Freitag, den 23. Dezember, abends. Sonntag, den 18. Dezember, ist das Festhalten nur von 11 Uhr vormittags an gestattet. Die Verkaufsstände dürfen an diesem sowie an den übrigen Verkaufstagen abends bis zum allgemeinen Lebens- schluß geöffnet werden. Der Christmarkt ist nur zur Erleichterung des Warenabflusses Dresdner Einwohnern bestimmt.

— Laufende monatliche Teuerungszuschüsse werden zurzeit an Schwerkrriegsbeschädigte und erwerbsunfähige Witwen, in gewissen Fällen an Empfänger von Übergangsgeld und an Rentner im Stadtgebiete Dresden durch das Ortsamt für Kriegserlöse in Dresden, Büldstrasse 15, gezahlt. Diejenigen Schwerkrriegsbeschädigten des Stadtgebietes, die bis zum 20. November noch keine Teuerungszuschüsse vom Ortsamte erhalten haben, die noch keine Aufforderung zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Ver- steigerung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Bestellung des Versteigerungsbeschlusses den in § 182 Z. 30. bezeichneten und den übrigen Rechten nachgeprüft werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Ausstellung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungsbietenden an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt.

Kantogeriht, Abt. II A 2, Leipzig, 14. Nov. 1921.

Das Konturverfahren über das Vermögen des Bauingenieurs Karl Friedrich Richter in Ober- wiesenthal wird auf Antrag des Gemeindefiskus eingestellt.

Kantogeriht Oberwiesenthal, 15. November 1921.

Auf Blatt 591 des Handelsregisters für den Landbezirk ist heute die Firma Georg Neumann Ingenieur, Dampfkei-Verfahrenbauwerk- zeugbauanstalt mit dem Sitze in Reichenau und als ihr Inhaber der Ingenieur Georg Viktor Neumann bestellt eingetragen worden.

Kantogeriht Reichenau, den 14. November 1921.

Auf Blatt 170 des Handelsregisters ist heute die Firma Kohlenbahn-Aktiengesellschaft in Reichenau eingetragen und weiter folgendes ver- lautbart worden:

Inhaber der Firma ist die Kohlenbahn-Aktiengesellschaft in Reichenau.

Der Gesellschaftsvertrag der Aktiengesellschaft ist am 30. April 1921 geschlossen und am 15. Oktober 1921 abgeändert worden. Gegenstand des Unter- nehmens ist der Bau und Betrieb einer Kohlen- bahn zwischen Reichenau und Seidenhof, sowie Bornahme aller Geschäfte, welche der Erleichterung der Kohlenförderung und Kohlenverteilung in der Gegend von Seidenhof und Reichenau dienen.

Das Grundkapital beträgt 1 200 000,00 M., in 1200 Aktien zu je 1000,00 M. je nachdem.

Zum einzigen Vorstandsmitglied ist der Diplo- mingenieur Albrecht Lindemann in Reichenau bestellt. Weiter wird noch folgendes bekanntgegeben:

Die Gesellschaft ist berechtigt, auch andere Unter- nehmen dieser oder ähnlicher Art zu erwerben, zu pachten und weiter zu betreiben oder sich an solchen zu beteiligen.

Die Aktien lauten auf den Inhaber. Ihre Aus- gabe darf nicht vor der vollen Leistung des Aus- gabepreises erfolgen. Die Ausgabe erfolgt zum Kurse von 110 %.

Der Vorstand besteht je nach der Bestimmung des Aufsichtsrates aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat das Recht der Ernennung und Abberufung der Vor- standsmitglieder sowie deren Stellvertreter. Über die Befehlsgewalt und Abberufung ist ein Protokoll zu führen.

Besetzt der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmit- glieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Ge- meinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Der Vorstand hat in der Weise zu zeichnen, daß die Zeichnenden zu der Firma der Gesellschaft ihre Namensunterschrift hinzufügen. In derselben Weise erfolgen die von dem Vorstände der Gesell- schaft ausgehenden Bekanntmachungen.

Die Berufung der Generalversammlung erfolgt durch den Aufsichtsrat oder Vorstand und zwar, sofern nicht im Gesetz Abweichendes bestimmt ist, durch einmalige Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger. Die Bekanntmachung erfolgt min- destens zwanzig Tage vor dem anberaumten Ter- min. Die Nichtbeachtung der Vorschriften über die Einberufung der Generalversammlung ist auf deren Beschlüsse ohne Einfluß, wenn sämtliche Aktien in der Generalversammlung vertreten sind. Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, welche ihre Aktien spätestens am zweiten Werktage vor der anberaum- ten Generalversammlung bei der Gesellschaftskasse, bei einer in der Bekanntmachung sonst bezeichneten Stelle oder bei einem Notar hinterlegt haben.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft sind wirksam, auch wenn sie nur im Deutschen Reichs- anzeiger erfolgen.

Der erste Aufsichtsrat besteht aus: Fabrikbesitzer Wilhelm Richter, Prokurist Georg Lindemann, Fabrikbesitzer Erich Reichig, sämtlich in Reichenau, und Rechtsanwält Dr. Friedrich August Weichert in Jitzau.

Gründer sind: Bergwerksbesitzer Josef Reichen- hain in Seidenhof, Fabrikbesitzer Karl Lindemann, Fabrikbesitzer Rudolf Reichig-Guthmann, Fabrik- besitzer Walter Wendler, Fabrikbesitzer Erwald Schwarzbach und Fabrikbesitzer Hermann Brenner, sämtlich in Reichenau.

Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsberichte des Vorstandes und des Auf- sichtsrates, kann bei dem unterzeichneten Gerichte Einsicht genommen werden.

Kantogeriht Reichenau, 10. Nov. 1921.

Georg Jürgang, seine Jahreshauptversamm- lung ab. In dem Jahresbericht, den der Vor- sitzende zunächst erstattete, wird des 25-jährigen Schriftstellerjubiläum des Mitgliedes F. A. Geißler mit warmen, anerkennenden Worten gedacht und den verstorbenen Mitgliedern Wäber und Waller- stein ein ehrender Nachruf gewidmet. Sodann wird im Bericht ein eindrucksvolles Bild der Vereinsentwicklung entrollt und der Unternehmungen an- mahlende Kollegen sowie der Entwicklung der Altersversorgung und der Witwen- und Waisen- kasse gedacht. Schriftleiter Scholz nahm hierbei Gelegenheit, die unentwegte Tätigkeit des Vor- sitzenden zugunsten des Vereins mit anerkennenden Worten zu würdigen. Der Schatzmeister Dr. Gan- dil trug den umfassenden Rechenbericht vor, der ein günstiges Bild der finanziellen Lage des Vereins darstellte. Die Wahlen haben keine wesent- lichen Veränderungen ergeben, nur sei hervor- gehoben, daß Dr. Gandil um seiner langjährigen Verdienste willen zum Ehrenschatzmeister ernannt und Prof. Zimmermann zum Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt worden ist.

\* Der Deutsche Verein für Volkshygiene, Ortsgruppe Dresden, e. V., hielt seine diesjährige Hauptversammlung ab. Infolge Ablebens zweier hochverdienter Vorstandsmitglieder, des Hrn. Bürgermeisters Dr. May, der seit Gründung der Ver-

einigung ab. In dem Jahresbericht, den der Vor- sitzende zunächst erstattete, wird des 25-jährigen Schriftstellerjubiläum des Mitgliedes F. A. Geißler mit warmen, anerkennenden Worten gedacht und den verstorbenen Mitgliedern Wäber und Waller- stein ein ehrender Nachruf gewidmet. Sodann wird im Bericht ein eindrucksvolles Bild der Vereinsentwicklung entrollt und der Unternehmungen an- mahlende Kollegen sowie der Entwicklung der Altersversorgung und der Witwen- und Waisen- kasse gedacht. Schriftleiter Scholz nahm hierbei Gelegenheit, die unentwegte Tätigkeit des Vor- sitzenden zugunsten des Vereins mit anerkennenden Worten zu würdigen. Der Schatzmeister Dr. Gan- dil trug den umfassenden Rechenbericht vor, der ein günstiges Bild der finanziellen Lage des Vereins darstellte. Die Wahlen haben keine wesent- lichen Veränderungen ergeben, nur sei hervor- gehoben, daß Dr. Gandil um seiner langjährigen Verdienste willen zum Ehrenschatzmeister ernannt und Prof. Zimmermann zum Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt worden ist.

\* Der Deutsche Verein für Volkshygiene, Ortsgruppe Dresden, e. V., hielt seine diesjährige Hauptversammlung ab. Infolge Ablebens zweier hochverdienter Vorstandsmitglieder, des Hrn. Bürgermeisters Dr. May, der seit Gründung der Ver-

einigung ab. In dem Jahresbericht, den der Vor- sitzende zunächst erstattete, wird des 25-jährigen Schriftstellerjubiläum des Mitgliedes F. A. Geißler mit warmen, anerkennenden Worten gedacht und den verstorbenen Mitgliedern Wäber und Waller- stein ein ehrender Nachruf gewidmet. Sodann wird im Bericht ein eindrucksvolles Bild der Vereinsentwicklung entrollt und der Unternehmungen an- mahlende Kollegen sowie der Entwicklung der Altersversorgung und der Witwen- und Waisen- kasse gedacht. Schriftleiter Scholz nahm hierbei Gelegenheit, die unentwegte Tätigkeit des Vor- sitzenden zugunsten des Vereins mit anerkennenden Worten zu würdigen. Der Schatzmeister Dr. Gan- dil trug den umfassenden Rechenbericht vor, der ein günstiges Bild der finanziellen Lage des Vereins darstellte. Die Wahlen haben keine wesent- lichen Veränderungen ergeben, nur sei hervor- gehoben, daß Dr. Gandil um seiner langjährigen Verdienste willen zum Ehrenschatzmeister ernannt und Prof. Zimmermann zum Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt worden ist.

\* Der Deutsche Verein für Volkshygiene, Ortsgruppe Dresden, e. V., hielt seine diesjährige Hauptversammlung ab. Infolge Ablebens zweier hochverdienter Vorstandsmitglieder, des Hrn. Bürgermeisters Dr. May, der seit Gründung der Ver-

einigung ab. In dem Jahresbericht, den der Vor- sitzende zunächst erstattete, wird des 25-jährigen Schriftstellerjubiläum des Mitgliedes F. A







Berichte über die Verwaltung der Sammlungen auf die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921.

A. Mineralogisch-Geologisches Museum nebst der Prähistorischen Sammlung.

Das geringe Angebot auf dem Mineralienmarkt, zum Teil aber auch die stark gestiegenen Preise bedingten eine nur kleine Vermehrung der Sammlung. Außer einer Sammlung von 409 Mineralstufen, die aus dem Nachlaß von Haubid, Dresden, erworben wurden, gelangten noch 78 weitere Mineralstufen...

Die mineralischen Arbeiten bestanden zunächst in der Aufstellung einer besonderen Abteilung „Sächsischer Silberbergbau“, die durch Schenkung eines Aufschlußschichtenschnittes durch Hrn. Oberbergamt Dr. Ing. Walden...

B. Geologisch-paläontologische Sammlung.

Erwerbungen: Die Sammlung wurde zahlenmäßig nur um sechs Nummern vermehrt, zwei Antiquitäten und vier Geschenke. Unter letzteren befindet sich eine Reihe von Pflanzenverfeinerungen aus dem Saale von Chemnitz, eine besonders dankenswerte Zuwendung des Hrn. Lehrer Mayas aus Chemnitz...

Zusammenfassend: In der stratigraphischen Sammlung fand die Bearbeitung der mittelalterlichen Erbschriften (Tria, Jura, Kreide) durch Aufstellung einer gedrängten Übersicht der „alpinen Trias“ ihren vorläufigen Abschluß.

Trotz einer baulichen Veränderung im „Fischsaal“, Ausschaltung der unzuverlässigen kleinen Nischen, wurden zwei große Wandflächen und damit neue Aufstellungsmöglichkeiten geschaffen. Rangreiche Präparation alter, ungeschätzter Stücke aus früheren Beständen lieferte mit den letzten schönen Erwerbungen das Material für die Ausstattung dieser Wandflächen zu einer schönen, einheitlichen Schauplatte...

Der Ausstellung dieser in heimatkundlichem Sinn ebenso wichtigen wie fesselnden Sammlung steht zurzeit lediglich der Mangel geeigneter Schränke entgegen, ein Uebelstand, der durch Neubeschaffung solcher hoffentlich um so eher behoben wird, als bei der häufigen magazinhaltigen Unterbringung die Stücke nur Schaden leiden.

keine Sammlungen der wichtigsten Zeitschriften in diese und auswärtige Volks- und Mittelschulen abgegeben, deren Interesse für Geologie gerade in letzter Zeit sich durch erfreulich regen Besuch äußert.

Die Bücher- und das wissenschaftliche Material der Sammlung fand auch dieses Jahr eifrige Benutzung durch Fachleute wie durch Liebhaberkreise aller Berufsstände.

Die Handbibliothek des Mineralogisch-Geologischen Museums erhielt Fortsetzungen zu 33 Zeitschriften und Lieferungsheften und 22 Sonderbrände und Einzelwerke.

C. Prähistorische Sammlung.

Die Prähistorische Sammlung wurde um 7 Gegenstände aus Stein und 2 aus Bronze, 4 bearbeitete Knochen, 47 Gefäße und Gefäßscherben und 1 Gipsabguß einer reich verzierten Steinart aus dem Saalekreis bereichert. Unter diesen Funden sind besonders bemerkenswert eines der überaus seltenen Flachbeilchen aus Bejowan und 2 aus Fibrolith aus dem Bodensee...

Außer den für die Sammlung bearbeiteten Reingängen aus verschiedenen Siedlungen und Gräberfeldern wurden wiederum ältere Funde in das Bestandsbuch eingetragen. Die Erhaltungsarbeiten an den Eisenfunden konnten erst in der allerletzten Zeit wieder aufgenommen werden, nachdem der während und nach den Kriegsjahren herrschende Mangel an geeigneten Konservierungsmitteln behoben war.

An die Dresdner Studienanstalt und an mehrere Volkshochschulen in und außerhalb Dresdens konnten entbehrliche Doppelstücke der Sammlung als Lehrmittel unentgeltlich abgegeben werden.

Die Sammlung wurde wiederholt von Fachleuten zu Studienzwecken benutzt, auch von verschiedenen Schulklassen, zum Teil unter Führung von Dr. Reichmüller beaufsichtigt.

Die Bücher- und der Prähistorischen Sammlung vergrößerte sich um 8 Fortsetzungen von Zeitschriften und um 12 Sonderdrücke und Einzelwerke, unter letzteren das Werk von H. Knaack, Der Bergbau der Menschheit und die Entstehung der Kultur, ein Geschenk des Hrn. Oberbergamt Dr. A. Walden in Dresden.

Veröffentlichung über Gegenstände der Prähistorischen Sammlung: G. Bierbaum, Bejowan und Fibrolithbeilchen aus dem Bodensee (Abhandlungen der ZfS, Dresden 1919). E. Römant.

10. Mathematisch-Physikalischer Salon.

Zugänge der Sammlung durch Ankauf: eine analemmatische Sonnenuhr mit den Aufschriften: „Pulsus et umbra sumus“ und „fecit Jo. Gottl. Stegmann Mathes Professor“ im ursprünglichen Behälter, August 18. Jahrhundert. An dem Instrument dient der Schattenstrich seiner Magnetnadel zur Ablesung der wahren Sonnenszeit. Zu diesem Zwecke sind die Stundenzeiger von früh VI bis abends VIII Uhr in die Form einer Ellipse gebracht. Die Magnetnadel ist auf der Rückseite des Instrumentes nach dem Zifferkreis und Monatskreis einstellbar. — Ein Rechenbrett, Bronze, von Hans Krauwinkel, Rürnberg gegen 1600, zeigt einen Raum in Puffarmeltracht vor dem Rechenbrett liegend.

Durch Schenkung: eine Klemmbille, deren Fassung aus Haisendraht den Herstellungsamen Jonas Schwarz in Jährl. 1730 (?)—1784 trägt. Auf dem einen der bikonvexen Gläser ist „London“ eingegrift. Geschenk des Hrn. Prof. Dr. v. Flugl, Dresden. — Eine Stedebille in vergoldetem Gestell im ursprünglichen Futteral mit ornamentalen Goldprägungen und dem Epitaphnamen „A. Diekmann in Dresden“, Anfang des 19. Jahrhunderts, Geschenk des Hrn. Fritz Endell, Dresden. — Ein Stomatioskop bezeichnet: „Schied in Berlin, Nr. 249“ in poliertem Kupferarmen und allem Zubehör, unter anderem dem von Schied konstruierten Kompressorium. Zeit 1845—1850. Die Schiedschen Mikroskope waren zu ihrer Zeit im In- und Auslande sehr geschätzt. Auf den Meister selbst wurde schon im Jahresbericht 1918, bei Erwähnung seines Vertriebes, in Kürze hingewiesen. Schenkung des Hrn. Direktor Dr. Otto Prelinger, Berlin-Steglitz.

— Ein zusammengefügtes Mikroskop, dessen Bewehrungsstäben dem Mikroskop als Fuß dient, bezeichnet: „E. Hartnaek Sue de G. Oberhauser Place Dauphin 21 Paris“, um 1860. Hartnaek wie Oberhauser waren beides deutsche Meister, die ihren guten Klang in der Geschichte der deutschen Optik bis heute erhielten. Geschenk des Hrn. G. Dikomeit, Königsberg i. Pr. — Ein Taschensferokop von 42 mm Öffnung mit eigenartigem Reflexionsokular und Baumstauhebe, bezeichnet „Wölfl in Wien“. Eine gediegene Arbeit des bekannten Wiener Meisters um 1840. Geschenk des Hrn. Direktor Dr. Otto Prelinger, Berlin-Steglitz. — Eine Horizontalsonnenuhr bezeichnet: „P. Le Maire Inv“ (Paris). Die Rarmontsche Platte, im Ausmaß von 42 x 42 cm, mit dem Jifferradiant und einer planipolaren Darstellung der nördlichen Erdoberfläche...

zeigt noch Spuren farbigen Defors in den eingedrückten Vertiefungen. Als Gnomonhalter dienen zwei fein ziselirte Bronzefiguren, eine stehende jugendliche Frauengestalt in antiker Gewandung, die das obere Ende des Gnomonstabes hält, und ein liegendes Knäblein am unteren Gnomonende. Zeit nach 1700.

Dieser Zeitmesser befand sich schon 1728 bei der kurfürstlichen Sammlung und wurde von der Stalupuren-Sammlung überwiesen. — Eine äquatoriale Tischsonnenuhr chinesischen neuzeitlichen Ursprungs, deren Einrichtung und Anordnung, außer bei der eigenartigen Kuppelung der Kompaßnadel, offenbar von älteren europäischen Vorbildern beeinflusst, jedoch nicht wie diese in Metall, sondern in Holz ausgeführt ist. Das Stück stammt von der Sächsischen Tischergewerbetätigkeit, deren Teilnehmer Hr. Dr.-Ing. Otto Israel es als Schenkung überwies.

Die Arbeiten zur Erhaltung der Sammlungsgegenstände begegneten nicht mehr den früheren Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Chemikalien usw. wie in den Kriegsjahren. Durch Unterbringung des weitest ausgedehnten Teiles der Stücke in den neuen haubidischen Sammlungsbehältnissen ist nicht nur sicherer Schutz, sondern auch eine weit bessere Wartung erzielt.

Ta sich mehrfach Schäden an dem Stufenschild des Saales zeigten, nahm das Landbauamt I eine eingehende Untersuchung an ihm vor, die bewies, daß eine gründliche Wiederherstellung derselben ebenso notwendig ist, wie eine solche des Deckengemäuses.

Im Berichtsjahre wurden 18163 Besucher gezählt, womit die bisher höchste Besucherziffer erreicht wurde. Zahlreiche Führungen von Vereinigungen, Schulen usw., meist außerhalb der gewöhnlichen Besuchsstunden, erfolgten auch in diesem Jahre. Bedeutend erhöhte Anteilnahme an der Sammlung auf der einen Seite ein erfreuliches Anwachsen geistiger Interessen gegenüber den älteren moralischen Nachwirkungen des für uns unglücklichen Friedensschlusses, so bewiesen andererseits die sich damit auch ständig erhöhenden Anforderungen an die Sammlung, daß ihr Beamtenapparat zu knapp bemessen ist. Auswärtigen Sammlungen und Instituten sowie privaten Vereinigungen konnten mehrfach einschlägige Sammlungsstücke, Meister- und Herkunftsmarken bestimmt werden. Auch wurde die Direktion vielfach durch Auskunftserteilung über astronomische Fragen in Anspruch genommen. Auf Wunsch des Hrn. v. Biedermann auf Schloß Thürendorf wurden Ajimatalmessungen und Berechnungen für eine Sonnenuhr durch den Assistenten ausgeführt.

Im Oberpottorium wurden an 39 Abenden 106 Sterndurchgänge am Polargebiet von Herbe durch den Konservator für den Zeitdienst ausgenommen und berechnet. Die Zeitabgabe für staatliche Zwecke (Eisenbahn und Militär), für die Uhranlage des neuen Dresdner Rathauses, für öffentliche Anstalten, größere Industrieanlagen, für öffentliche Zwecke überhaupt, erfolgte, trotz erweiterter Anforderungen, regelmäßig. Es war jedoch nicht möglich, den gleichfalls sich häufenden privaten Anfragen und Wünschen nach telephonischen Uhrvergleichungen zu genügen. Hier mußte sich immer auf die öffentliche Normaluhr im Springer verwiesen werden, da sonst allen ein Besizer für diese Vergleichungen erforderlich wäre. Um diesen häufig wiederkehrenden Wünschen entgegen zu kommen, wäre es zu begrüßen, wenn man in Dresden auf eine automatische-telephonische Zeitverteilung, nach Art der Hamburger Einrichtung, zusammen könnte. Eine derartige Einrichtung ließe sich im Mathematischen Salon allerdings nur unterbringen, wenn für die ohnehin dringend erwünschte Erweiterung der Räumlichkeiten gesorgt würde. Wegen des Ende der Reichszeit wurden Versuche angestellt, die Empfangsstation für die drahtlosen internationalen Zeitzeichen von Kauen und Paris zu verstärken. Die Arbeiten sind zurzeit noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Direktion ist den Herren Ingenieur Herrsch und Winter und Wachtmeister Thiel dabei für wertvolle Unterstützung zu Dank verpflichtet.

An Veröffentlichungen, die sich auf den Sammlungsbezug beziehen oder aus ihr hervorgehen, sind zu nennen: B. Pattenhausen, Sächsischer Normalkalender 1921, herausgegeben vom Sächsischen Landbauamt. Rar. Rosenbergs, Jammiger alle erhaltenen Goldschmiedearbeiten, verlorenen Werke, Handzeichnungen, Frankfurt a. M. (1920). W. v. Seiditz, Die Kunst in Dresden. I. Buch: 1464—1541 und II. Buch: 1541—1588. R. Engelmann, The Clock Equipment of the City Hall of Dresden, in The Horological Review, New York, August September 1920; Wenzel, Jammigers Dresdner Wappenstein, in „Kunstwanderer“, 2. Aprilheft 1920; Eine Stunduhr aus Kesters Ulmer Zeit im „Kunstwanderer“, 1. Novemberheft 1920.

Die Handbibliothek hatte 45 Zugänge; davon sind 30 Einzelbände als Schenkungen eingegangen. Hr. G. Dikomeit, Königsberg i. Pr., erweiterte seine schon im Berichtsjahre erwähnte Schenkung um weitere 12 Bände an altnaturhistorischer und optischer Literatur, worunter Künsters Geschichte der Mathematik, 1796—1800, Gehler's Physikalisches Wörterbuch, 1787 bis 1796, des Rürnbergers Georg Hartmann Perspectiva Communis, 1542, und Paulus Pinzings Optica, 1616, besondere Erwähnung verdienen.

B. Pattenhausen.

11. Landesbibliothek.

I. Einleitende Übersicht über die Benutzung.

Finanzlage, Arbeitsgemeinschaft, Kunde. Für denjenigen, der an der Verwaltung der Kulturgüter unseres Volkes mitzuwirken hat, stellt sich das große Problem der Wiederaufrichtung des deutschen Volkes nicht so sehr als ein wirtschaftlich-materielles wie als ein kulturell-geistiges dar. Die physische Leistungsfähigkeit der Deutschen zu erhalten, daran haben die gegnerischen Länder ein natürliches Interesse, weil die Erziehbildung und Pflanzkraft unserer Tributzahlungen von unserer Arbeitskraft abhängen wird. Unser späteres Wiedererheben jedoch zu einem freien, mit anderen gleichberechtigten Volkstum ist noch nicht damit gesichert, daß wir jetzt...

vor dem körperlichen Verhungern bewahrt bleiben; es wird vielmehr nur dann möglich sein, wenn es uns jetzt mitten in den größten materiellen Nöten gelingt, den geistigen Kulturstand zu wahren und nicht unwesentlich auf die Stufe einer Kulturnation zweiten Ranges hinaufzuführen.

An dieser großen Aufgabe hat die Wissenschaft und haben die Bibliotheken, ohne die eine wissenschaftliche Arbeit undenkbar ist, den ausgiebigsten Anteil. Und es ist verständlich, wenn die Bibliotheken große Anstrengungen machen, sowohl ihre Schätze möglichst allgemeiner Ausnutzung entgegenzusetzen als in ihren Anschaffungen mit den Bedürfnissen Schritt zu halten.

Was die Ruhbartmachung der Bücher anlangt, so hat die Landesbibliothek mit Genehmigung des vorgelegten Ministeriums in geringerem Maße als früher das Benutzungsrecht von der Weidung einer Bürgerschaft abhängig gemacht: es kann jetzt jeder Erwachsene zur Benutzung zugelassen werden, bei dem Nachweis führt, daß er nach seiner Persönlichkeit und seinen Verhältnissen für die Erfüllung der mit der Entleiher verbundenen Pflichten Gewähr leistet. Es wird damit der Tatsache Rechnung getragen, daß in heutiger Zeit, mehr als früher, Angehörige aus der nicht im engeren Sinne gelehrten Kreise zur Landesbibliothek kommen. Ferner wurde ein Abkommen mit der Technischen Hochschule getroffen, wonach den reichsdeutschen Studenten die Benutzung der Landesbibliothek ohne weiteres auf Grund ihrer Erkennungskarte gestattet wird. Auch wurde in der Bibliothek der Technischen Hochschule ein Beihilfegeldkasten der Landesbibliothek aufgestellt, dessen Inhalt täglich zur Landesbibliothek gebracht wird.

Die Benutzung hat sich befriedigend entwickelt, wie unten des näheren berichtet wird. Hier sei nur so viel vorweggenommen, daß das vorletzte Berichtsjahr, das die bis dahin höchsten Ziffern aufzuweisen gehabt hatte, nicht unbeträchtlich überboten wurde: die täglichen Bestellungen stiegen von 178 auf 201. — Die auch an anderen deutschen Bibliotheken zu beobachtende Steigerung der Nachfrage läßt deutlich erkennen, daß immer weniger der einzelne sich aus eigenen Mitteln die zum Studium nötigen Bücher verschaffen kann und immer mehr auf die Bibliotheken angewiesen ist, die auf ihrer Höhe zu erhalten demnach heute notwendiger ist als je.

Bei dem Bestreben, diese zweite der oben genannten Aufgaben zu erfüllen und eine für die dringlichsten Bedürfnisse der Gelehrten und der Bildungsjugend hinreichende Auswahl von Büchern anzuschaffen, fand die Bibliothek vorerhalten, ständig wachsenden Schwierigkeiten. Wie heftig hier die Lage der Landesbibliothek gewesen ist, darüber sprechen die Zahlen eine nicht mißzuverstehende Sprache. Während im Jahre 1918 noch 7254 Bände und 1919 noch 7519 Bände angekauft werden konnten, waren es diesmal nur 4845 Bände. Man muß in den Berichten bis auf das Jahr 1904 zurückgehen, um auf eine ebenso niedrige Zahl von angekauften Büchern zu stoßen. Noch bedeutungsvoller wird diese Zahl, wenn man die außerordentliche Steigerung der Ausgaben für Bücherkauf und -einband danebenhält. Die 7254 Bände des Jahres 1918 kosteten 55 868 M., die 7519 Bände des Jahres 1919 kosteten 91 159 M., aber die 4845 Bände des letzten Jahres kosteten 173 768 M. d. h. also: 1918 kostete ein von der Landesbibliothek erworbener Band durchschnittlich 7 M. 70 Pf., 1919: 12 M. 10 Pf., 1920: 35 M. 87 Pf. Dabei sind in vergangenen Jahre noch so gut wie gar keine ausländischen Bücher angeschafft worden; wenn jetzt dem gebieterisch sich ausbreitenden Bedürfnis der Wissenschaft nachgegeben wird und wenigstens die allernotwendigsten Werke des Auslandes gekauft werden, so schnell der Durchschnittspreis für das Buch noch viel höher empor. Ohne eine starke Vermehrung ihrer Anschaffungsmittel wird also die Landesbibliothek nichts Ersprießliches mehr leisten können.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß sich die Bibliothek am 4. März des Berichtsjahres des Landtages zu erfreuen hatte, der von ihren Einrichtungen, ihren Schätzen und auch ihren Nöten Kenntnis nahm.

Es wäre aber nicht zu billigen, wenn die Bibliothek alle Hilfe allein vom Staate erwartete. Bekanntlich hat sich in Berlin eine Rotgenossenschaft der deutschen Wissenschaft gebildet, und es ist nicht verkannt worden, auch dort die Erprobungsmittel unserer Bibliothek zur Geltung zu bringen. Eine Liste der von uns gehaltenen ausländischen Zeitschriften wurde angefertigt und dorthin eingeschickt; eine Liste der ausländischen Zeitschriften soll folgen. — Auch sind Arbeiten im Gange, die die Finanznot durch Zusammenfassung der gemeinschaftlichen Kräfte der Bibliotheken der Stadt Dresden und des Staates zu lindern versuchen wollen. Seit dem Dezember wird in der Landesbibliothek an der Herstellung eines Gesamtzeitschriftenverzeichnis für Dresden gearbeitet, das einen doppelten Zweck verfolgt: einmal wird die Übersicht über die in Dresden an über 100 Bibliotheken gehaltenen Zeitschriften den einzelnen Bibliotheksverwaltungen in vielen Fällen ermöglichen, auf das Halten gewisser Zeitschriften zu verzichten, wenn sie in einer oder mehreren anderen Bibliotheken vorhanden sind; und sodann wird ein solches Verzeichnis dem wissenschaftlich Tätigen eine Menge von Zeitschriften zur Kenntnis bringen, deren Vorhandensein in Dresden nur wenigen bekannt war. Und was die Zusammenfassung der Bibliotheken des ganzen sächsischen Landes anlangt, so ist ein Entwurf zur Einrichtung eines engen Verkehrs zwischen der Landesbibliothek in Dresden, der Universitätsbibliothek und der Deutschen Bücherei in Leipzig und den kleineren Bibliotheken des Landes ausgearbeitet worden, nach dessen Genehmigung die Bibliotheken sich gegenseitig in zahlreichen Fällen durch Darlehen helfen können, wo ihre eigenen Mittel nicht zur Anschaffung des Wünschenswerten ausreichen.

Funde und Entdeckungen. Eine so reiche alte Bibliothek wie die Dresdener gewährt den in ihr Arbeitenden nicht selten Entdeckungen. Der Oberbibliothekar Prof. Dr. Ludwig Schmidt fand als Ein-

hand eines Buches aus der früheren Oester Schloßbibliothek das Bruchstück einer Handschrift des Seneca Sohn. Es besteht aus zwei im 13. Jahrhundert geschriebenen Pergamentblättern und enthält einen Teil der Dialoge de tranquillitate animi und de brevitate vitae. Das Manuskript ist das älteste bekannte der jüngeren Handschriftenklasse, wahrscheinlich die Vorlage des Wolfenbütteler Codex 4316. Sgl. weiter unten VII.

Ferner ist es durch Fortschritte zur Geschichte der Bibliothek des Kurfürsten August von Sachsen, des Begründers der Landesbibliothek, dem Oberbibliothekar Dr. Arthur Richter gelungen, auf Grund der kurfürstlichen Kataloge und Kataloge mehr als 200 Prachtbände nachzuweisen, die von dem bedeutendsten deutschen Kunstbuchbinder der Renaissancezeit, dem sächsischen Hofbuchbinder Jakob Krause, für den Kurfürsten August angefertigt worden sind und bisher zerstreut und unerkannt in den Bibliotheken der Landesbibliothek sich befunden haben. Die Verwaltung plant, diesen neu entdeckten Kunstschatz, der den Wert von Millionen hat, mit den durch Prof. Steche und Prof. Besting bisher in der Landesbibliothek festgestellten 48 Krause-Prachtbänden zu einer Jakob-Krause-Abteilung zu vereinigen und dadurch eine Kunstsammlung von unvergleichlicher Eigenart zu schaffen. Auch für die Kataloge der Landesbibliothek waren obenerwähnte Nachforschungen nicht ohne Erfolg, indem unter den Katalogen mehrere Logen als zu dem gebundenen Katalog von 1580 gehörig erkannt wurden. Die Zahl der 1580 im Besitze der Bibliothek befindlichen Bände, die bisher auf 2354 angegeben wurde (vgl. Führer durch die staatlichen Sammlungen zu Dresden, 14. Aufl., 1920, S. 306), erhöht sich dadurch auf 2595. Ferner wurde auch der Katalog der Bibliothek der Kurfürstin Anna (438 Nummern) wieder aufgefunden, den die Biographen der „Mutter Anna“, Archivar v. Weber und Sturmboeckel, vergeblich gesucht hatten.

II. Vermehrung.

Vorbemerkung für alle folgenden Statistiken: Die Zahlen des Jahres 1919 gelten für die Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920, die Zahlen des Jahres 1920 für 1. April 1920 bis 31. März 1921.

In die Zugangsergebnisse wurden eingetragen:

Table with 2 columns: 1919, 1920. Rows: Nummern (10 982, 7381), bibliographische Bände (13 346, 8632). Total: 24 328, 16 013.

Von den bibliographischen Bänden wurden erworben:

Table with 2 columns: 1919, 1920. Rows: durch Kauf (7 519, 4845), auf Grund von Beiträgen (264, 206), als Geschenke (5 573, 3682).

entfielen auf:

Table with 2 columns: 1919, 1920. Rows: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften (3 456, 1888), Staatswissenschaften (1 693, 1144), Sprachen und Literaturen (2 163, 976), Kunst, einschl. Musik (1 737, 1524), die übrigen Wissenschaften (3 679, 2751), Schul- und Universitätschriften (320, 260), Handschriften (298, 90).

Neu eingestellt wurden:

Table with 2 columns: 1919, 1920. Rows: Buchbindebände (10 240, 6406), Handschriften (687, 180).

Sie wurden, mit dem Rücken nebeneinandergelegt, eine Reihe von (1919) 175, 25 m, (1920) 140 m bilden.

III. Ausgaben für Bücherkauf und Buchbinderei.

Der Geldeaufwand betrug:

Table with 2 columns: 1919, 1920. Rows: für Bücherkauf (63 717,67, 121 991,50), für Buchbindebände (27 441,20, 51 777,70).

Von den Aufwendungen für Bücherkauf entfielen auf:

Table with 3 columns: Betrag, 1919, 1920. Rows: Neue Bücher (28 157,34, 44,4, 45 826,96, 37,5), Fortsetzungen (10 061,98, 15,8, 14 868,54, 12,1), Zeitschriften (19 433,41, 30,1, 30 422,36, 24,9), Antiquaria (4 858,24, 7,7, 30 499,55, 25,0), Handschriften (1 019,25, 1,6, 234,10, 0,2), Tausch mit Hilfe vertragsmäßiger Zahlungen (197,45, 0,4, 140,—, 0,1).

Die Kosten des Einbands verhielten sich zu denen des Bücherkaufs im Jahre 1919 wie 30,1 zu 69,9, im Jahre 1920 wie 29,8 zu 70,2; sie blieben also in konstantem Verhältnis.

Aus den laufenden planmäßigen Mitteln hätten die angegebenen Aufwendungen nicht bestritten werden können; die in den Vorjahren zurückgelegten Ersparnisse für auswärtige Literatur mußten angegriffen werden, überdies gewährte das Ministerium einige Sonderbewilligungen.

Da die Möglichkeit zu wissenschaftlicher Arbeit in Deutschland fast in allen Wissensgebieten schlechterdings aufhört, wenn keine ausländischen Bücher mehr ins Land kommen, so mußte sich die Bibliothek entschließen, trotz der ungeheuren Preise die Anschaffung wenigstens der allernotwendigsten Neuerscheinungen des Auslandes ins Auge zu fassen. Die Vorbereitungen dafür wurden begannen. Seit Kriegsbeginn waren die Titel der ausländischen Werke, die zur Kenntnis der Bibliothek gelangt waren und soweit sie für die Bibliothek in Betracht zu kommen schienen, angekauft worden. Diese in die Laufende gehenden Titelmassen wurden teils durch die Prüfung der einzelnen Fachbeamten, teils in gemeinsamer Beratung wieder und wieder gesichtet, bis nur ein bescheidener Rest des Allernotwendigsten übrigblieb. Sodann wurden durch zahlreiche Umfragen bei in- und ausländischen Buchhändlern die günstigsten Bezugswege ermittelt und schließlich gegen Ende des Berichtsjahres die ersten Bestellungen auf den Weg gebracht. — Die Frage des Bezuges ausländischer Zeitschriften blieb noch in der Schwebe, da hier zunächst abgewartet werden muß, in welchem Umfange die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft Hilfe leisten wird (vgl. oben).

Von wichtigeren Käuferwerbungen für die Druckchriftenabteilung seien genannt:

Wiel, Stämme der Weltbevölkerung. 1919.

Romalewski, Chronom. Entwicklung Europas. 1901 bis 1914.

Großer Bilderatlas des Weltkrieges. 1915.

Schlösser, Die Musikinstrumente. 1920.

Fegler, Ehrengabe deutscher Wissenschaft, von Kathol. Gelehrten. 1920.

Wadernagel, Geschichte des Maßes. 1913.

Wieder, Denkmäler zum Theaterwesen im Altertum. 1920.

Wissenschaftl. Veröffentlichungen des deutsch-türkischen Denkmalpflegekommissionar. Heft 1. 1920.

Baum, Baukunst und dekorative Plastik der Frührenaissance. 1920.

Kröner, Bettina v. Werke, herausg. von Oeffke. 1920.

Pie, Die Oper. 1920.

Der indische Kulturkreis in Einzeldarstellungen. 1: Bangkol. 1920.

Stiajn, Michael Pachens St. Wolfgang Altar. 1919.

Boehn, v. Kololo. 1919.

Reichstrategiebuch, erläutert von Ebermayer. 1920.

Petersen, Geschichte der arist. Philosophie im protestantischen Deutschland. 1921.

Grahl, de, Bewertung der Brennstoffe. 1921.

Wolff, Ursprung und Entwicklung der Freimaurerei. [1920.]

Reyer-Steinig und Sudhoff, Geschichte der Medizin. 1921.

Waldmann, Bildnis im 19. Jahrhundert. 1921.

Wadernagel, Vorlesungen über Symag. 1. 1920.

Rachalski, Landeskunde von Ruß-Litauen. 1921.

Rocholl, Th. Ein Raolerleben. 1921.

Plotnikow, Allgemeine Photochemie. 1920.

Doflein, Kogedonien. 1921.

Album von Dresden, ca. 1840.

Bläml und Gugig, Mitweltliches. 1920.

Für die Landkartenabteilung wurden weitere 35 Karten des Ostens angekauft. Für die Musikabteilung war Gelegenheit, wertvolle Musikalien aus Privatband zu erwerben, so eine große Anzahl von Klavierwerken aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, einige moderne Opern, Pieder und Klavierstücke, ferner sämtliche 210 Kantaten Joh. Seb. Bachs im Klavierauszug. Aber die Schenkungen an die Musikabteilung siehe unten IV.

Erfolgreiche Erwerbungen für die Handschriftenabteilung zu machen, verbot die Not der Zeit. Gelegenheit wurden angekauft gegen 90 Briefe, die von sächsischen Persönlichkeiten herflammen oder auf Sachsen Bezug haben; darunter 49 Briefe an den Schauspielers A. Deeg in Berlin, viele davon aus Dresden; 19 Briefe von Christian Aug. Gottlob Oberhard.

IV. Geschenke.

Die Zahl der Geschenkgeber betrug:

Table with 2 columns: 1919, 1920. Rows: Behörden, Anstalten, Vereine, Firmen (667, 586), in Dresden (168, 124), in Sachsen außerhalb Dresdens (127, 101), in Deutschland außer Sachsen (146, 118), in Europa außer Deutschland (23, 41), in außereuropäischen Ländern (13, 26).

Einzelpersonen (667, 586).

Alle Schenker einzeln zu nennen, verhindert die gebotene Raumbeschränkung. Doch ist es der Verwaltung eine angenehme Pflicht, auch an dieser Stelle jedem Spender für seine Hilfe in schwerer Zeit Dank abzusprechen.

Die größte und wichtigste Schenkung des Berichtsjahres geschah durch die Naturwissenschaftliche Gesellschaft Jis zu Dresden, die sich entschloß, auf eine selbständige Bibliothek in eigenen Räumen und unter eigener Verwaltung zu verzichten und ihre etwa 10 000 Bände umfassende Bücherabteilung aus allen Gebieten der Naturwissenschaft der Landesbibliothek einzuverleihen. Das vorgeschlagene Ministerium stellte in dankenswerter Weise Geldmittel zur Verfügung, um die mit der Überführung und Einverleibung einer so großen Büchermenge verbundenen Kosten zu decken. Der Wert der Jis-Bibliothek beruht hauptsächlich auf ihren großen Reichen von Zeit- und Gesellschaftschriften, die seit Jahrzehnten durch regelmäßigen Austausch heringekommen sind; aber auch sonst besitzt sie manches wertvolle Werk aus Gebieten, deren Pflege der Landesbibliothek bisher ferner gelegen hat. Eine ziffermäßige Angabe des Zuwachses aus dieser Schenkung wird erst möglich sein, wenn die Doppelstücke ermittelt und ausgetrennt sind.

Eine weitere bedeutende Schenkung floß uns aus der Bibliothek des kürzlich hier verstorbenen Dr. phil. Friedrich Kolbe zu, aus der wir uns, seinem letzten Willen entsprechend, die in der Landesbibliothek nicht vorhandenen Bücher und Musikalien ausleihen durften. Der Zuwachs für die Druckchriftenabteilung belief sich auf 650 Bände, besonders erfreulich aber war der Gewinn von 750 Bänden Musikalien; sie bestehen vor allem in den wichtigsten Klavierwerken von Bach bis Brahms; auch Opern und Oratorien in noch nicht bei uns vorhandenen Ausgaben sind dabei, ebenso Kammermusikwerke in der Originalbesetzung.

Hr. Gabriella Spinler in Niedertösching schenkte 235 Kompositionen ihres Vaters, des bekannten Klavierkomponisten Friedrich Spinler, in 417 Bänden, darunter 5 Originalhandschriften; Frau Geroin Rocella in Dresden 50 Werke zur Dante-Literatur; Bibliotheksdirektor a. D. Geh. Rat Dr. Ermisch in Dresden über 200 Schriften verschiedener Inhalts; Hr. Dr. Max Meißel gegen 80 Schriften; Carnegie Endowment for international peace in Washington gegen 70 Schriften; das Mineralogisch-geologische Museum in Dresden 53 Schriften. Smithsonian Institution in Washington überlieferte die für uns während des Krieges in den Vereinigten Staaten von Amerika angekauften Schenkungen und Tauschgaben in 21 Kisten; sie hatten noch der Bearbeitung.

V. Benutzung.

Die Bibliothek war an 286 (1919: 281) Tagen geöffnet. Im Sommer zu den üblichen Vor- und Nachmittagsstunden, im Winter wegen Kältemangels von 9-3, Sonnabend von 9-2 Uhr.

Bücherbestellung. 1919 1920

Zahl der Bestellungen . . . . . 68 013 57 466

Täglicher Durchschnitt rund . . . . . 178 201

durch Bestellungen . . . . . % %

erled. . . . . 49 070 72,15 41 157 71,82

Berm., „verliehen“ . . . . . 8 631 12,69 8 171 14,22

Berm., „nicht verliehen“ . . . . . 781 1,15 608 1,06

Berm., „nicht verliehen“ . . . . . 9 531 14,01 7 530 13,10

Benutzung im Lesesaal . . . . . 1919 1920

Zahl der Besucher . . . . . 24 605 19 611

Täglicher Durchschnitt der Besucher . . . . . 68,78 68,57

Zahl der benutzten Druckchriften (außer der Lesesaalbibliothek) . . . . . 19 467 14 528

Zahl der benutzten Handschriften . . . . . 291 535

Das Zeitschriftenzimmer blieb der Kohlenereparatur halber geschlossen.

Ausleiher am Orte. 1919 1920

Zahl der verliehenen Bände . . . . . 46 698 39 966

Täglicher Durchschnitt rund . . . . . 123 140

Verleiher nach auswärtig.

Zahl der verliehenen Druckchriften . . . . . 4 595 3 255

Täglicher Durchschnitt rund . . . . . 13 11

Zahl der verliehenen Handschriften . . . . . 40 69

Täglicher Durchschnitt rund . . . . . 0,1 0,24

Entleihung von auswärtig.

Zahl der verliehenen Bibliotheken . . . . . 26 31

Zahl der erhaltenen Druckchriften . . . . . 307 355

Täglicher Durchschnitt rund . . . . . 0,8 1,2

Zahl der erhaltenen Handschriften . . . . . 65 102

Täglicher Durchschnitt rund . . . . . 0,17 0,36

Die mitgeteilten Zahlen betragen, daß im Berichtsjahre die Betriebsverhältnisse des Lesesaales, das bisher den Höhepunkt der Benutzungsdifferenz darstellte, nicht unerheblich überschritten worden sind. Die absoluten Zahlen sind zwar niedriger, weil das vorige Berichtsjahr fünf Vierteljahre hatte, aber die auf den Tagesdurchschnitt berechnete Leistung ist gesteigert, und zwar die Zahl der Bestellungen von 178 auf 201, das ist um 13 Proz., der verliehenen Handschriften von 0,1 auf 0,24, das ist um 140 Proz.; der erhaltenen Druckchriften von 0,8 auf 1,2, das ist um 50 Proz.; der erhaltenen Handschriften von 0,17 auf 0,36, das ist um 112 Proz. Einzig die Zahl der verliehenen Druckchriften ist etwas zurückgegangen von 13 auf 11, das ist um 15 Proz.

Handschriften und andere Seitenheiten der Bibliothek wurden für folgende Schriften und Aufsätze benutzt:

Dröping, Alfred, Die neue Königsstadt. Alten-Dresdens Aufbau nach dem Brande von 1686. Dresden 1920. (Mscr. Dresd. J 58b, L 294.)

Ermisch, Hubert Georg, Sächsische Kathäker. Beiträge zur Baugeschichte der Kunst- und Kaufhausbauten aus dem Gebiet zwischen Saale und Elbe. Borna-Leipzig 1920. (Loffius' Chronik von 1629. Mscr. Dresd. L 903.)

Roh, Ernst, Die Oberlausitz in den Kriegsjahren 1631-1635: Neues Lausitz. Magazin, Bd. 96, 1920, S. 42 ff. (Mscr. Dresd. d 2 m. Mscr. Dresd. L 13.)

Weiche, Alfred, Der alte Jellwald an der Freiberger Mulde: Neues Archiv für sächsische Geschichte 41, 1920, S. 1 ff. (Mscr. Dresd. M 34b.)

Kauer, Max, Die Lukas-Verklärung des Petrus von Padua. Inaug.-Diss. Breslau. Pflaum 1919. (Mscr. Dresd. A 100.)

Reichmann, H., J. Schneider, B. Hoffacker, Ein Jahrestausend deutscher Kultur. Leipzig 1921. (Vertrieb.)

Schönebaum, Herbert, In Altenburg, S.-A., das alte Welfenburg: Neues Archiv für sächsische Geschichte 41, 1920, S. 109 ff. (Chronik des Thietmar von Merseburg, fassl.-Ausg.)

Seiblich, Waldemar v., Die Kunst in Dresden vom Mittelalter bis zur Neuzeit. Dresden 1920. (Vertrieb.)

Shakespeare, Hamlet, Prinz von Dänemark. (Shakespeares Werke in Einzelausg. Herausg. von Max J. Hoff.) Leipzig 1920. (Wiedergabe der Schlegelschen Übersetzung. Mscr. Dresd. e 90, XXII.)

Sommerfeld, Gustav, Der Zwist der Juidauer Franziskaner mit der Pfarrgeistlichkeit und dem Rat der Stadt Juidau 1522: Franziskanische Studien, Jahrg. 8, 1921, S. 80 ff. (Mscr. Dresd. d 51.)

Derfelde, Die Erneuerung der Oberlausitzer Bürgerrechtsstatuten 1747: Oberlausitzer Heimatblätter, Jahrg. 3, (1920), S. 97 f. (Mscr. Dresd. L 41.)

Derfelde, Zu den Briefen Martin Baumgarts 1632 bis 1644: Neues Archiv für sächsische Geschichte, 41, 1920, S. 123 ff. (Mscr. Dresd. d 3 51.)

Derfelde, Vom sächsischen Kunstbetrieb des 16. Jahrhunderts: Neues Archiv für sächsische Geschichte 41, 1920, S. 131 ff. (Mscr. Dresd. d 51.)

Derfelde, Zum Schneberger Röndspodquill vom Jahre 1522: Euphorion, Bd. 23, 1921, S. 171 f. (Mscr. Dresd. d 51.)

Derfelde, Sächsische Verwandte des Dichters Friedrich Schiller?: Euphorion 22, 1920, S. 440 f. (Mscr. Dresd. d 48 51.)

Theele, Josef, Die Handschriften des Benediktinerklosters St. Petri zu Erfurt: Zentralblatt für Bibliothekswesen, Beih. 48, 1920. (Mscr. Dresd. A 167a. F 60. M 287. P 35. 36. 157. 160.)

Thomas, Hedwig, Zur Würdigung der Pflanzenerziehung Luthers von 1513-1515. Weimar 1920. (Mscr. Dresd. A 138.)

Bogel, Curt, Wer waren Stifter und Künstler des heiligen Grabes in der Marienkirche?: M.-J. Jahrbuch, Beiträge zur Juidauer Zeitung, 1921, Nr. 1. (Mscr. Dresd. d 3.)

Baund, Rudolph, Die frühesten Erwähnungen der Steinbohlen des Flauenschen Grundes in der geologischen Literatur: Dresdner Geschichtsblätter 19, 1920, Nr. 1-4.

Derfelde, Ältere Geschichte der Embryologie (bis 1651): Sitzungsberichte der naturwiss. Gesellsch. Jis in Dresden, 1919, S. 5 f.

Derfelde, (Rezension): Mitteilungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften 19, 1920, S. 304. (Dec. B 363.)

VI. Von der Bibliographie der sächsischen Geschichte.

herausg. von Rud. Semmann (vgl. Jahresbericht für 1919) ist der zweite Halbband des ersten Bandes fertiggestellt und im Mai 1921 erschienen.

VII. Persönliches.

Mit dem 1. Oktober trat der Direktor der Bibliothek Geh. Reg.-Rat Dr. Hubert Ermisch in den Ruhestand, nachdem er die Bibliothek vom Jahre 1907 an geleitet hatte. Unter seiner Direktion ist wesentliches geschehen worden. Der Vermehrungsbau wurde von 40 000 M. auf 74 000 M. erhöht, mehrere Bücherfächer wurden mit Galerien und Treppen ausgestattet und das Lesegericht zu einem Büchermagazin ausgebaut. Ein neuer geräumiger Lesesaal wurde mitten im Räume eingerichtet und der alte zum Zeitschriftenlesesaal umgewandelt. Die Zahl der Beamten wurde vermehrt, besonders die der Mittelbeamten, so daß die oberen Beamten zu ihren eigentlichen Arbeiten freier gemacht werden konnten. Telefon und Schreibmaschine fanden Eingang. Ein alphabetischer Katalog, der die seit 1909 erschienenen Bücher umfaßt und die Berliner Zeitungsdruckerei ausweist, wurde für die Benutzer im Lesesaal geschaffen. Die Neuwerbungen wurden regelmäßig aufgestellt und außerdem in der Tagespresse bekannt gemacht. Die Jahresberichte der Bibliothek wurden im Sonderdruck herausgegeben und in Verbindung damit die „Literatur der Landes- und Volkskunde und Geschichte des Königreichs Sachsen“. Von der in vollständiger Sammelartigkeit vorbereiteten „Bibliographie der sächsischen Geschichte“, die in den Schriften der Sächsischen Kommission für Geschichte erscheint, wurde das Manuskript zum Abschluß gebracht und erschien 1919 der erste Halbband des ersten Bandes. Im Auftrage der Bibliothek wurde 1915 ein Dresdener Bibliotheksführer vom Bibliothekar Dr. Joch. Brause ausgegeben. Alle diese Arbeiten wurden von der Bibliothek getragen, die Bibliothek zu einem immer bedeutenderen Instrument der Wissenschaft zu machen. Der Erfolg spricht sich in den Benutzungsdifferenzen aus, die während der Ausführung der scheidenden Direktion eine überaus bedeutende Steigerung erfahren haben. — Nicht unerwähnt darf bleiben, daß an den Arbeiten des Landesauschusses für die Verlegung der sächsischen Truppen im Felde mit Beschloß die Bibliothek einen hervorragenden Anteil nahm. An Geheimrat Ermischs Stelle wurde Prof. Dr. Martin Volpert berufen.

Der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Karl Hymann wurde am 1. Juli zum Bibliotheksinspektoren unter Beibehaltung der Staatsbibliothek ernannt. Der Kolontar Dr. Hans Hofmann wurde am 1. August zum wissenschaftlichen Hilfsarbeiter ernannt; er befehlt im Oktober die Prüfung für den höheren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken. Der Kolontar Dr. Hermann Rubert wurde am 1. April zur Teilnahme an den bibliothekswissenschaftlichen Lehrgangskursen nach Leipzig beurlaubt, er lehrte im August als Kolontar an die Landesbibliothek zurück und bestand im Oktober die Prüfung für den höheren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken. Seitdem hat er aus gesundheitlichen Gründen keinen Dienst mehr getan. Am 1. April trat der bisherige Oberbibliothekar Dr. Walter Frießer als Kolontar ein; er wurde am 1. August zum wissenschaftlichen Hilfsarbeiter ernannt. Prof. Dr. Max Ranitus legte seine Tätigkeit bei der Verzeichnung der Handschriften nieder, er war hauptsächlich bei der Sichtung des Nachlasses Schnorrs v. Carolsfeld beschäftigt.

Am 1. April trat Fel. Valerie Krüger als Sekretärin ein, am 4. Oktober Frä. Elise Kildach; diese trat am 4. Dezember wieder aus. Die früheren Sekretärinnen der Landesbibliothek, Frä. Jise Gracelin und Dorothea Demcke traten, die eine im Dezember, die andere im Januar als freiwillige Hilfsarbeiterinnen ein.

Folgende Veröffentlichungen von Beamten der Bibliothek erschienen im Berichtsjahre:

Eißner, Josefa, Märchen im Theater: Zwinger, Jahrg. 4, 1920, S. 243-245.

Diefelde, Märchenepiken draußen: Kunstwart 1921.

Diefelde, Eine Märchenfahrt durch Deutschbohmen: Sächsische Heimat, 1921. Außerdem einige kleine Dichtungen im: Grefenkalender 1921, und im: Frührot, Jahrbuch der neudeutschen Künstlergenossen 1921.

Ermisch, Hubert, Neues Archiv für sächsische Geschichte und Altertumskunde, Bd. 41. Dresden 1920.

Derfelde, Die Innungsordnung der Freiberger Kramerinnung von 1283, ein Nachtrag zum Freiberger Urkundenbuch: Neues Archiv für sächsische Geschichte, Bd. 41, S. 279-286.

Fiebiger, Otto, Die Artikel Sagitta, Sagittarius, Sagum, Saturna in: Paulus Real-Enzyklopädie der klass. Altertumswissenschaft. Sp. 1741-1746, 1753-1755, 2434-2436.

Jakowat, Jakob, Die geschichtliche und kulturelle Entwicklung des wendischen Volkes im Laufe des 19. Jahrhunderts: Oberlausitz, 188, 190-192.

Jahrgang 3 (1920), S. 183 f., 188, 190-192.

Richter, Arthur, Die Prachtbände Jakob Krause in der Sächsischen Landesbibliothek: Dresden Anzeiger 1920, 7. April Nr. 172, S. 2.

Schmidt, Ludwig, Zu den Dialogen des Seneca: Berliner Philologische Wochenchrift, 1921, S. 92.

Volpert, Martin, Die Handschriften des Benediktinerklosters St. Petri zu Erfurt: Zentralblatt für Bibliothekswesen, Beih. 48, 1920. (Mscr. Dresd. A 167a. F 60. M 287. P 35. 36. 157. 160.)